

UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

192 · Oktober 2006

Monatliche Publikation,
herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung

aus dem Inhalt

VorSatz 867

Hannah Arendt 100

TANJA STORLØKKEN
Frauen in finsternen Zeiten.
Rosa Luxemburg und Hannah Arendt 897

DDR historisch

RONALD LÖTZSCH
Die SED-beherrschte DDR.
Ein Arbeiter-und-Bauern-Staat, frei von Ausbeutung? 921

Standorte

PETER GÄRTNER
Menschenrechte, Kuba und linke Politik 940

VorSatz

Am 3. Oktober steht der »Tag der deutschen Einheit« ins Haus. Es hat den Anschein, als glaube die Regierungskoalition, das Ostdeutschland-Problem werde sich schon lösen, wenn man nur genügend lange wegschaut. Auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag, gestellt mit dem Ziel, ein genaueres Bild von den Verhältnissen zu gewinnen, antwortete sie: »Die Bundesregierung prognostiziert die gesamtwirtschaftliche Entwicklung nur für den Gebietsstand der Bundesrepublik Deutschland. Differenzierte Prognosen nach alten und neuen Bundesländern werden aufgrund fehlender Primärstatistiken nicht durchgeführt.« Die »fehlenden Primärstatistiken« betreffen Daten wie: Einwohnerinnen und Einwohner unter 25 Jahre, Wanderungssaldo, Umsatz des verarbeitenden Gewerbes, Patentanmeldungen, Forschungs- und Entwicklungspersonal in Prozent der Erwerbstätigen, Unternehmensgründungen, Unternehmensliquidationen, überschuldete private Haushalte, Nettovermögen nach sozialen Gruppen. Zu all dem will es die Bundesregierung also gar nicht so genau wissen! Obgleich der Abstand zwischen Ost und West nicht kleiner, sondern größer wird.

Wie es um die Einheit bestellt ist, hat der Gesprächskreis »Kurskorrektur des Aufbau Ost« im Jahre 2004 so beschrieben: Die Wertschöpfung der neuen Länder stagniert bei 60 Prozent der des Westens, dem Osten fehlen rechnerisch im Vergleich zum Westen allein im verarbeitenden Gewerbe etwa 3 000 mittelständische Unternehmen und etwa 600 000 Beschäftigte. In der Zeitschrift »Wirtschaft & Markt« vom September 2006 ist zu lesen: Die Einkommen der Ostdeutschen liegen bei 71 Prozent des westdeutschen Niveaus, obwohl die wöchentliche Arbeitszeit im Osten im Durchschnitt zwei Stunden länger ist. Zugleich kommt aus dem Institut für Wirtschaftsforschung in Halle die Nachricht, dass das Wirtschaftswachstum in Deutschland insgesamt im II. Quartal 2006 gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres 2 Prozent betrug, in Ostdeutschland aber nur 1,2 Prozent. Und weil das kein Ausrutscher ist, sondern Trend, sah sich der Kommentator der »Berliner Zeitung« vom 5. September zur unmissverständlichen Diagnose »Der Osten fällt zurück« veranlasst.

Nun werden die Spitzenverbände der großen Industrie und etliche Wirtschaftsinstitute nicht müde zu predigen, dass der Aufschwung schon käme, wenn es denn nur genügend Sonderkonditionen – sprich: niedrige Löhne und deregulierte Arbeitsbedingungen – gäbe. Aber siehe: Die gibt es längst – und trotzdem wird der Abstand zwischen Ost und West nicht kleiner, sondern größer. 2004 lagen – so

noch einmal »Wirtschaft & Markt« – die Arbeitskosten im verarbeitenden Gewerbe im Westen bei 32,61 €, im Osten bei 19,41 €. Hat sich das Kapital, dieses »scheue Reh«, daraufhin dem Osten zugewandt? Mitnichten.

Und hat die Bundesregierung der CDU/CSU-SPD-Koalition unter der aus dem Osten stammenden Kanzlerin Angela Merkel (CDU) eine neue Initiative entfacht, um diesem Zustand endlich ein Ende zu bereiten? Ebenfalls mitnichten. Noch nie hat der Osten in einer Haushaltsdebatte des Bundestages eine so marginale Rolle gespielt wie in der des September 2006. Längst hat die SPD vergessen, dass sie am Beginn ihres 1998 begonnenen Regierungsdaseins eine »Chef-sache Ost« proklamiert hatte; und wo ist all die Aufregung geblieben, mit der sie im Jahre 2001 auf die These ihres Mitgliedes und damaligen Bundestagspräsidenten Wolfgang Thierse vom »Osten auf der Kippe« reagiert hatte? Längst weg ist diese Aufregung – und längst weg von der Kippe ist auch der Osten. Aber nicht in Richtung der sicheren Seite, sondern des weiteren Abrutschens.

Wenn – wie das geplant ist – die Linkspartei.PDS und die WASG im Jahre 2007 zur Gründung einer Neuen Linken schreiten, wird diese Neue Linke um eine klare Haltung zur Vertretung der Ost-Interessen als eines wesentlichen Bestandteils des Erbes der PDS nicht herumkommen. Überlegungen wie die, dass man mit Östlichem im Westen nicht Furore machen könne, mögen hier und da ganz gut klingen – zumal, wenn man betont, dass man die Teilung ja schließlich nicht noch zementieren wolle –, aber hilfreich oder gar vorwärtsweisend sind sie nicht. Das Problem der tiefen Kluft zwischen Ost und West besteht unabhängig davon, was die einzelnen Parteien darüber sagen, weiter, und wenn nun auch noch die letzte der großen Parteien es nicht mehr zur Kenntnis nähme – nun, dann würden die von ihm Betroffenen nach anderen Möglichkeiten des politischen Ausdrucks ihrer Interessen suchen.

Das Netzwerk Ostdeutschlandforschung und der – an der TU Berlin angesiedelte – Innovationsverbund Ostdeutschlandforschung legen dieser Tage ihren Bericht »Zur Lage in Ostdeutschland« vor, der von Ulrich Busch und Rainer Land zusammengestellt worden ist (in Nr. 5/2006 der »Berliner Debatte Initial«). Das Plädoyer der Bericht-erstatte r heißt »Ostdeutschland braucht einen neuen Anlauf!« Die Linke ist auf Gedeih und Verderb herausgefordert, bei diesem neuen Anlauf mitzuwirken.

WOLFRAM ADOLPHI

P. S.

Die Redaktion von »UTOPIE kreativ« gratuliert zwei Autoren der Zeitschrift:

Der Sprachwissenschaftler Ronald Löttsch, Professor für Sorabistik, langjähriger Teilnehmer an der Redaktionsarbeit, wird am 1. Oktober 75 Jahre alt.

Der Ökonom und Theologe Franz J. Hinkelammert, Professor in Costa Rica, wurde im Juli mit seinem Buch »Das Subjekt und das Gesetz. Die Rückkehr des unterdrückten Subjekts« erster Preisträger des von der Regierung Venezuelas gestifteten Preises »Befreier des kritischen Denkens«.

TANJA STORLØKKEN

Frauen in finsternen Zeiten

Rosa Luxemburg und Hannah Arendt

»Finstere Zeiten sind (...) nicht nur nichts Neues in der Geschichte, sondern auch nichts Seltenes (...). Die Überzeugung, daß wir selbst dann, wenn die Zeiten am dunkelsten sind, das Recht haben, auf etwas Erhellung zu hoffen, und daß solche Erhellung weniger von Theorien und Begriffen als von jenem unsicheren, flackernden und oft schwachen Licht ausgehen könnte, welches einige Männer und Frauen unter beinahe allen Umständen in ihrem Leben und ihren Werken anzünden und über der ihnen auf der Erde gegebenen Lebenszeit leuchten lassen – diese Überzeugung bildet den unausgesprochenen Hintergrund für die hier vorgelegten Persönlichkeitsprofile.«¹

Rosa Luxemburg und die deutsch-jüdische politische Theoretikerin Hannah Arendt (1906-1975) lebten beide in Bertolt Brechts finsternen Zeiten, die für Hannah Arendts Essaysammlung *Menschen in finsternen Zeiten* von 1968 titelgebend waren. Sowohl Luxemburg als auch Arendt haben Licht in ihre finstere Zeit gebracht und sie bringen noch immer Licht und ermutigen den Einzelnen, totalitäre, barbarische und autoritäre Tendenzen herauszufordern. Seit einigen Jahren erfährt die anti-totalitäre Denkerin Hannah Arendt eine bemerkenswerte und wohlverdiente Renaissance. Doch taucht die Frage auf, ob nicht ein Teil dieser Renaissance auch Rosa Luxemburg zufallen sollte, weil Arendt in großer und indiskutabler Schuld zu ihr steht. Trotz Arendts Kritik des Marxismus verband sie eine sehr enge gedankliche Gemeinschaft mit der Marxistin Rosa Luxemburg.

Arendt ist wohl vor allem für ihre Analyse von Nazismus und Stalinismus in *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft* (1951) bekannt – ein Buch, das ihren Durchbruch bedeutete –, sowie für den von ihr in *Eichmann in Jerusalem* (1963) geprägten Begriff der »Banalität des Bösen«. Viel ist auch über Arendts enge private wie philosophische Beziehung zu ihrem Lehrer Martin Heidegger geschrieben worden. Weniger Gewicht hingegen wird dem revolutionären Engagement Arendts beigemessen, das insbesondere in ihrem Buch *Über die Revolution* (1963) zum Ausdruck kommt. Dort argumentiert sie für eine politische Revolution, die hoffentlich in der Lage sein werde, totalitäre Tendenzen abzuwehren. Ihre enge gedankliche Gemeinschaft mit Rosa Luxemburg ist heutzutage auch wenig bekannt und diskutiert.

Einige finden den Gedanken, dass Arendt in einer intellektuellen Schuld zu Rosa Luxemburg steht, immer noch provozierend. So

Tanja Storløyken – Jg. 1962, Politikwissenschaftlerin und freischaffende Forscherin, lebt in Norwegen. Arbeitet gegenwärtig an einer Monographie »Rosa Luxemburg. Revolution durch Versuch und Irrtum.«

Vorabdruck aus einem Band mit Texten, hervorgegangen aus einer internationalen wissenschaftlichen Konferenz über Rosa Luxemburg in Guangzhou am 21. und 22. November 2004. Das Buch erscheint im März 2007 im Karl Dietz Verlag Berlin.

Die Autorin bedankt sich ganz herzlich bei Petra Biesalski und Evelin Wittich sowie der Redaktion des erwähnten Buches für die sprachliche Hilfe.

1 Hannah Arendt: Menschen in finsternen Zeiten, München 1968, S. 9-10.

2 Walter Laqueur: The Arendt Cult. Hannah Arendt as a Political Commentator, in: Journal of Contemporary History, Bd. 33, Nr. 4, 1998, S. 485.

3 Arendt an Jaspers, 29. Januar 1946, in: Hannah Arendt, Karl Jaspers: Briefwechsel 1926-1969, München 1985, S. 67.

4 Arendt an Blumenfeld, 31. Juli 1956, in: Hannah Arendt, Kurt Blumenfeld: »... in keinem Besitz verwurzelt«, Hamburg 1995, S. 151-52. Vgl. Blumenfeld an Arendt, 6. August 1956, in: ebenda, S. 155, und Blumenfeld an Arendt, 1. Februar 1957, in: ebenda, S. 177. Vgl. auch Arendt an Blücher, Anfang Juli 1958, in: Hannah Arendt, Heinrich Blücher: Briefe 1936-1968, München 1996, S. 485.

5 John Peter Nettl: Rosa Luxemburg. Band 1 und 2, Oxford 1966. Die deutsche Ausgabe ist einbändig: John Peter Nettl: Rosa Luxemburg, Köln und Berlin 1967.

6 Hannah Arendt: A Heroine of Revolution, in: The New York Review of Books, 6. Oktober 1966, Jg. 7, Nr. 5, S. 21-27. Ich zitiere aus der deutschen Ausgabe des Textes. Hannah Arendt: Rosa Luxemburg 1871-1919, in: Hannah Arendt: Menschen in finsternen Zeiten, a. a. O.,

schrrieb der Historiker Walter Laqueur 1998 folgende barsche Worte: »Trotz ihrer Sympathie für die Revolution und für Revolutionäre hat Arendt auch Verehrer unter Konservativen. Diese Sympathien waren immer eher emotional und romantisch, als rational und philosophisch. Das beste Beispiel war vielleicht ihre Leidenschaft (bei Laqueur: love affair) für Rosa Luxemburg, die heute vor allem wegen ihrer Beschreibung der Schwalben vor ihren Gefängnisfenstern in Erinnerung geblieben ist sowie wegen ihrer Distanz zu ihrer jüdischen Herkunft (...) und ihrer prophetischen Worte über die Zukunft der russischen Revolution. (...) Und deshalb haben die Konservativen in ihrer endgültigen Analyse wahrscheinlich Recht, wenn sie Arendts revolutionären Enthusiasmus nicht allzu ernst nehmen – sie war eigentlich nicht von Luxemburgs Theorien beeindruckt, sondern von ihrem Mut und ihrem Stil.«²

Laqueur begeht einen schwerwiegenden Fehler, wenn er versucht, Arendts revolutionäres Engagement dadurch kleiner zu machen, dass er gleichzeitig Luxemburgs Beitrag zum politischen Denken herabmindert. Er untermauert seine Behauptungen nicht mit Quellenmaterial, weder in Bezug auf Arendt noch auf Luxemburg. Mein unmittelbarer und vorläufiger Kommentar ist, dass Laqueurs Behauptungen schlecht begründet bzw. unbegründet sind. Hannah Arendt hatte ein genuines Interesse an der Revolution und kann sogar als Revolutionärin bezeichnet werden, und sie war durch das Denken Rosa Luxemburgs beeinflusst.

»Die Rosa ist wiedergekommen«

Schon als junges Mädchen wurde Hannah Arendt im Januar 1919 während der deutschen Revolution von ihrer Mutter zu einem sozialdemokratischen Treffen in ihrer Heimatstadt Königsberg mitgenommen. Aber erst in den dreißiger Jahren begann sie sich unter dem Eindruck des erstarkenden Nazismus ernsthaft für Politik zu interessieren. Und der Mann, der sie, nach eigener Darstellung, vor allem politisch zu denken lehrte, war ihr zweiter Ehemann Heinrich Blücher,³ der selbst ein großer Verehrer von Rosa Luxemburg war, mit der zusammen er während der deutschen Revolution in Berlin gekämpft hatte. Arendt hielt es nicht verborgen, dass es ihr sehr gefiel, mit Rosa Luxemburg verglichen zu werden. In einem Brief vom Sommer 1956 an ihren Freund Kurt Blumenfeld schrieb Arendt stolz: »In Berkeley, wo ich den Namen der Rosa Luxemburg nie erwähnte (schon weil ich annahm, daß ihn niemand kennt), haben mir die Studenten auf einer besoffenen Party erzählt, daß sie unter sich gesagt hätten: Die Rosa ist wiedergekommen.«⁴

Aber nicht nur der Mut und der Stil Rosa Luxemburgs begeisterten Arendt. Ihren Essay über Luxemburg *Eine Heldin der Revolution*, der eine Rezension von John Peter Nettls zweibändiger Biographie über Rosa Luxemburg von 1966⁵ war, beendet sie mit diesen Worten: »Man möchte die Hoffnung nicht aufgeben, daß mit großer Verspätung doch noch erkannt wird, wer Rosa Luxemburg war und was sie geleistet hat – ebenso wie man weiter hoffen möchte, daß sie endlich ihren Platz im Pensum der Politologen der westlichen Welt finden möge. Denn Nettl sagt mit Recht: *Wo immer ernsthaft die Geschichte der politischen Ideen gelehrt wird, da müssen auch ihre Ideen genannt werden.*«⁶

Zweifellos hatte Arendt nicht sämtliche Schriften von Rosa Luxemburg gelesen, jedoch einige ihrer wichtigsten Publikationen, wie *Die sozialistische Krise in Frankreich* (1901), *Die Akkumulation des Kapitals* (1913) und *Zur russischen Revolution* (1918), vielleicht auch *Sozialreform oder Revolution?* (1899), *Massenstreik, Partei und Gewerkschaften* (1906) und *Die Krise der Sozialdemokratie* (1916).⁷ An Sekundärliteratur kannte sie Paul Frölichs *Rosa Luxemburg. Gedanke und Tat* (1939) und John Peter Nettls *Rosa Luxemburg* (1966).⁸

Hannah Arendts gedankliche Nähe zu Rosa Luxemburg ist ein Thema, das sowohl in der Arendt- als auch in der Luxemburg-Forschung wenig diskutiert wird. Die dazu dennoch existierenden schriftlichen Arbeiten zeigen sich über Arendt wesentlich besser informiert als über Luxemburg. Das Ergebnis ist oft eine ausgeprägt arendtianische Interpretation von Luxemburg. Beispiele arendtianischer Interpretationen der letzten dreißig Jahre sind Ernst Vollraths Artikel in *Social Research* von 1973: *Rosa Luxemburg's Theory of Revolution*,⁹ Elisabeth Young-Bruehls *Hannah Arendt. Leben, Werk und Zeit* von 1982, die beste und gründlichste Arendt-Biographie,¹⁰ Ingeborg Nordmanns Artikel in *Die Neue Gesellschaft* von 1993: *Erfahrungsfähigkeit und Differenz. Rosa Luxemburg und Hannah Arendt über das politische Handeln*¹¹ und schließlich Einar Øverengets *Hannah Arendt* von 2001¹². Es überrascht nicht, dass der Anstoß zu arendtianischen Interpretationen des Denkens Rosa Luxemburgs von Hannah Arendt selbst kam, und zwar in ihrem Essay über Rosa Luxemburg *Eine Heldin der Revolution*.

Luxemburg – keine Marxistin?

Dieser Essay ist besonders anregend und interessant, weil er der einzige spezifische Text aus der Hand Arendts ist, der uns ein klareres Bild ihres Verständnisses und ihrer Interpretation des Lebens und Denkens von Rosa Luxemburg zu geben vermag. Ich werde nicht alle Einzelheiten dieser Rezension diskutieren. Mich interessiert an Arendts Essay besonders, was wir durch ihn über ihre Interpretation von Rosa Luxemburgs Vorstellung von Revolution herausfinden können.

Arendts Zweifel, ob Luxemburg wirklich Marxistin war, kommen überraschend: »Kurz gesagt, wenn für sie ›die Revolution ebenso nah und wirklich war wie für Lenin‹, so galt sie ihr doch genauso wenig als Glaubensartikel, wie der Marxismus. (...) Damit gibt man natürlich zu, daß sie keine orthodoxe Marxistin war, ja, so wenig orthodox, daß sich bezweifeln läßt, ob sie überhaupt Marxistin war. Nettl stellt mit Recht fest, daß Marx in ihren Augen nichts anderes war als ›der beste Ausdeuter der Wirklichkeit‹ (...) Worauf es ihrer Meinung nach am meisten ankam, mehr noch als auf die Revolution, war die Wirklichkeit in allen ihren erschütternden Aspekten.«¹³

Arendt erwähnt nicht, dass sie die Meinung des Luxemburg-Biographen John Peter Nettl nicht teilt, wenn er unterstreicht, dass Luxemburg sich uneingeschränkt zum Marxismus bekannte, jedoch »ihre Ideen über seinen Rahmen hinaus Gültigkeit« behielten.¹⁴ Arendt behauptet, dass die Realität für Luxemburg wichtiger war als die Revolution. Dies ist insofern bemerkenswert, als Realität und

S. 68. Siehe auch den Abdruck dieses Textes in diesem Heft, S. 880 ff.

7 Arendts Bücher enthalten Hinweise auf diese Schriften, siehe: Hannah Arendt: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, München 1951/2003, Fußnote 39, S. 235 (Die sozialistische Krise in Frankreich, 1901) und Fußnote 40 und 41, S. 334 (Die Akkumulation des Kapitals, 1913); Hannah Arendt: Über die Revolution, München 1963/2000, S. 340 (Zitat aus: Zur russischen Revolution, 1918). Vgl. Elisabeth Young-Bruehl: Hannah Arendt. Leben, Werk und Zeit, Frankfurt am Main 1986, S. 407. Die englische Ausgabe von *Rosa Luxemburg 1871-1919* in: Hannah Arendt: Men in Dark Times, New York 1968, Fußnote 16, 54 enthält auch Hinweise zu englischen Übersetzungen von: Sozialreform oder Revolution? (1899), Massenstreik, Partei und Gewerkschaften (1906) und Die Krise der Sozialdemokratie (1916).

8 Arendt bezieht sich auf Paul Frölich in ihrem Buch: Über die Revolution, München 1963/2000, S. 340, und Fußnote 90, S. 403. Die 1. Ausgabe von Paul Frölichs Rosa-Luxemburg-Biographie erschien auf Deutsch 1939 in Paris, dem Zufluchtsort des aus Nazi-Deutschland emigrierten Paul Frölich, die 2. Ausgabe 1940 in englischer Übersetzung in London. Siehe: Paul Frölich: Rosa Luxemburg. Gedanke und Tat, mit einem Nachwort von Iring Fetscher, Frankfurt am Main 1967, S. 5 (Vorwort zur zweiten Auflage).

9 Ernst Vollrath: Rosa Luxemburg's Theory of

Revolution, in: *Social Research*, Bd. 40, Frühjahr 1973, S. 83-109.

10 Elisabeth Young-Bruehl: Hannah Arendt. Leben, Werk und Zeit, Frankfurt am Main 1986. (Die amerikanische Originalausgabe erschien 1982).

11 Ingeborg Nordmann: Erfahrungsfähigkeit und Differenz. Rosa Luxemburg und Hannah Arendt über das politische Handeln, in: *Die Neue Gesellschaft*, Jg. 40, Heft 5, 1993, S. 459-464. Siehe auch Kullas Interpretation in: Ralf Kulla: *Revolutionärer Geist und republikanische Freiheit. Über die verdrängte Nähe von Hannah Arendt zu Rosa Luxemburg*, Hannover 1999, S. 16: »Ingeborg Nordmann zeigt, daß in Rosa Luxemburgs Denken öffentliche Erfahrung einen ebenso zentralen Stellenwert hat wie bei Hannah Arendt. Sie liest aber Rosa Luxemburg mit den Augen von Hannah Arendt, wenn sie das Festhalten am Ziel der sozialen Revolution als marxistischen Ballast bewertet, ohne zu fragen, ob hier nicht Rosa Luxemburgs Positionen auf eine Schwäche Hannah Arendts verweisen.«

12 Einar Øverenget: Hannah Arendt, Oslo 2001. Zur Diskussion von Øverengets arendtianischer Luxemburg-Interpretation siehe Tanja Storløyken: *Revolutionär und konservativ*, in: *Kvinneforskning*, Nr. 3, 2004, S. 123-124.

13 Hannah Arendt: *Rosa Luxemburg 1871-1919*, a. a. O., S. 48-49. Vgl. Hannah Arendts Absicht, ihre Schrift *Die Ungarische Revolution und der totalitäre*

Revolution im Denken von Rosa Luxemburg in engem Zusammenhang standen. Ja, es scheint mir, dass Luxemburg sie »in der Realität« fast als Eines sah. Darauf deutet nicht zuletzt eines ihrer Lieblingszitate hin: »Wie Lassalle sagte, ist und bleibt die revolutionärste Tat, immer das laut zu sagen, was ist.«¹⁵ Eine wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche revolutionäre Entwicklung war es eben, die Realitäten der Welt begreifen zu können. Weil Luxemburg Barbarei als mögliche Alternative zu Sozialismus und Revolution sah,¹⁶ was auch Resultat ihres realistischen Denkens war, kann nicht gesagt werden, dass die Realität für sie mehr als die Revolution bedeutete oder dass die Revolution »ihr doch genauso wenig als Glaubensartikel wie der Marxismus galt«¹⁷. Eine sozialistische Revolution, die nicht stattfindet oder eine erfolglose Revolution wird auch die Realität, wie wir sie kennen, durch Barbarei und Chaos untergraben.

Arendts Zweifel an Luxemburg als Marxistin ist in höchstem Grade von ihrer eigenen Marxismus-Interpretation beeinflusst. Ihre Kritik an Karl Marx stand in engem Verhältnis zu ihrer eigenen Analyse der *vita activa* als dreier menschlicher Grundtätigkeiten: Arbeiten, Herstellen und Handeln. Arendt wünschte eine Rehabilitierung der *vita activa* im Vergleich zur *vita contemplativa* (Denken), so dass es keine hierarchische Beziehung zwischen ihnen gibt. In ihrem Buch *Vita activa* von 1958 unterscheidet sie zwischen der Notwendigkeit des Arbeitens, dem Ziel-Mittel-Denken des Herstellens und der Fähigkeit des Handelns, etwas Neues und Spontanes zu beginnen, das wegen der Pluralität der Menschen unvorhersagbare Konsequenzen hat.

Arbeit ist eine notwendige Aktivität, um das Leben selbst aufrecht zu erhalten. Arbeit gibt uns Essen und andere notwendige Dinge, die wir brauchen, um zu überleben und die Menschheit zu reproduzieren. Aber Arbeit schafft nichts Dauerhaftes. Das, was Arbeit schafft, wird verbraucht und bekommt keine dauernde Existenz. Herstellen andererseits schafft Dinge von Dauer, die uns als eine dauernde Welt der Dinge umgeben. Der Handwerker stellt zum Beispiel Stühle und Tische her, während der Künstler Kunstwerke schafft. Die Dauerhaftigkeit der hergestellten Dinge ist unterschiedlich, aber ihnen allen ist gemein, dass sie in den Ziel-Mittel-Kategorien hergestellt worden sind.

Handeln und Sprechen enthüllen die Einzigartigkeit der Menschen. Der Einzelne entfaltet sich wirklich und drückt seine Individualität durch Handeln und Sprechen erst in Gesellschaft mit anderen Menschen aus. Aber diese Aktivitäten sind nicht durch die Notwendigkeit der Arbeit oder die Ziel-Mittel-Kategorien des Herstellens charakterisiert. Die Freiheit der Menschen ist mit ihrem Handeln verknüpft. Handeln, auch politisches Handeln, ist unvorhersagbar und abhängig von der Pluralität der Menschen. »Die Grundbedingung, die ihr (die Tätigkeit des Handelns) entspricht, ist das Faktum der Pluralität, nämlich die Tatsache, dass nicht ein Mensch, sondern viele Menschen auf der Erde leben und die Welt bevölkern.«¹⁸

Die Tatsache, dass wir in der Lage sind zu handeln, bedeutet, dass wir etwas Neues und Spontanes beginnen können, aber die Konsequenzen unseres Handelns sind im Augenblick des Handelns unwiderrufflich und unübersichtlich. Die Resultate des Handelns sind ab-

hängig vom Handeln und Sprechen vieler Menschen in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft und deshalb unvorhersagbar. Zwei Faktoren geben in der Unvorhersagbarkeit dennoch einen gewissen Trost: die Fähigkeit zu verzeihen und das Einhalten von Versprechen. Die Bedingungen des Handelns halten große und ungeahnte Möglichkeiten zu handeln bereit, aber gleichzeitig ist das Handeln immer potenziell gefährlich und katastrophenträchtig wegen seiner unvorhersagbaren Konsequenzen.

Um totalitäre Versuche zur Erstückung der Unvorhersagbarkeit der Menschen, ihrer Spontaneität und ihrer Fähigkeit zum Neubeginn verhindern zu können, ist es von besonderer Bedeutung, dass man politische Arenen errichtet und erhält, wo die Menschen in die Lage versetzt werden, unter den Bedingungen des Handelns politisch zu handeln. Nur wenn politische Aktivität aus den Bedingungen des Handelns hervorgeht und ohne dass diese durch die Bedingungen des Arbeitens und Herstellens korrumpiert wird, können die Menschen darauf hoffen, die Gefahren totalitärer Tendenzen abwehren zu können.

Arendt lobte Karl Marx wegen seines Aufruhrversuches gegen traditionelles politisches Denken; ihrer Meinung nach war er aber leider nicht radikal genug! Obwohl er zum Beispiel durch seine Aufwertung der Arbeit mit der Tradition gebrochen hatte, blieb er nach Arendt immer noch zu sehr in traditionellen Kategorien verhaftet. Ihr war sein Bruch mit der Tradition nicht radikal genug. Diese Halbherzigkeit habe sich u. a. als Nährboden für totalitäre Elemente des Marxismus erwiesen.¹⁹

Arendt kritisierte Marx,²⁰ weil er die Einzigartigkeit des Menschen als *animal laborans* und nicht als handelnder Mensch gesehen habe. Auf diese Weise öffnete er »der Abdankung der Freiheit vor dem Diktat der Notwendigkeit« den Weg.²¹ Sie warf Marx vor, die Geschichte als einen Prozess gesehen zu haben, als einen Arbeitsprozess, weshalb er die Geschichte einseitig an den Lebensprozess, an die biologische Denkweise und Notwendigkeit angeknüpft habe. Darüber hinaus habe er nicht zwischen Arbeit und Herstellung unterschieden, sondern beides als Herstellung gesehen. Durch seine Vermischung und Reduktion politischen Handelns auf Arbeit und Herstellung sei er einen gefährlichen Weg gegangen. Marx sei nicht der erste gewesen, der Politik als Herstellen interpretiert habe, also als Herstellen von handwerklichen Dingen. Dieses Missverständnis von Politik sei in der westlichen Tradition der politischen Philosophie eher die Regel als die Ausnahme. Als Handwerk interpretierte Politik führe einen Glauben daran mit sich, dass Geschichte gemacht werden könne wie man handwerkliche Dinge macht, durch Verwendung der richtigen Mittel zur Erreichung des Ziels.

Arendt sah im Denken von Marx eine doppelte totalitäre Gefahr. Einerseits spreche er von einem unabwendbaren, von Notwendigkeit und Determinismus gekennzeichneten Geschichtsprozess, andererseits argumentiere er, dass Geschichte gemacht werden könne durch Vermischung von politischem Handeln und von Herstellen. Dies wiederum könne zur Hybris und dem Glauben führen, dass »alles möglich ist«. Marxismus und Totalitarismus sind selbstverständlich nicht synonym, aber nach Arendt war genau diese Kombination von

Imperialismus (1958) Rosa Luxemburg zu widmen, und ihr Schreiben an Klaus Piper und Hans Rössner vom 9. September 1958, als sie diese Widmung streichen musste: »Die Widmung ist unformulierbar, weil man erklären müßte, daß die Luxemburg weder Sozialistin noch Kommunistin wirklich war, sondern »nur« für Gerechtigkeit und Freiheit und die Revolution als die einzige Möglichkeit einer neuen Gesellschafts- und Staatsform.« Zitiert nach: Hannah Arendt: In der Gegenwart. Übungen im politischen Denken II, München 2000, S. 424.

14 John Peter Nettl: Rosa Luxemburg, a. a. O., S. 30.

15 Rosa Luxemburg: In revolutionärer Stunde: Was weiter? (1906), in: GW 2, S. 36.

16 Siehe besonders: Rosa Luxemburg: Die Krise der Sozialdemokratie (1916) und: Was will der Spartakusbund? (1918), in: GW 4, S. 62 und 441. Vgl. Norman Geras: Rosa Luxemburg. Vorkämpferin für einen emanzipatorischen Sozialismus, Köln 1996, S. 15-40, und: Virve Manninen: Sozialismus oder Barbarei? Suomen Historiallinen Seura, Helsinki 1996.

17 Hannah Arendt: Rosa Luxemburg 1871-1919, a. a. O., S. 48.

18 Hannah Arendt: Vita activa oder Vom tätigen Leben, München 1958/2002, S. 17.

19 Siehe besonders: Hannah Arendt: Tradition und die Neuzeit, in: Hannah Arendt: Zwischen Vergangenheit und Zukunft, München 1968/2000, S. 23-53.

20 Die Validität von Arendts Marx-Kritik werde ich hier nicht diskutieren. Siehe zum Beispiel Bikhu Parekh: Hannah Arendt's critique of Marx, in: Melvyn A. Hill (Ed.): Hannah Arendt: The Recovery of the Public World, New York 1979, S. 67-100, und: Gert Schäfer: H. Arendt und der Marxismus, in: Gert Schäfer: Macht und öffentliche Freiheit, Hannover 1993, S. 31-74.

21 Hannah Arendt: Über die Revolution, a. a. O., S. 76.

22 Hannah Arendt: Rosa Luxemburg 1871-1919, a. a. O., S. 63-64.

Determinismus – also von unabwendbaren automatischen Prozessen – und von Hybris – der Idee, dass alles möglich ist – Hauptcharakteristikum des Totalitarismus. Und in der marxischen Vermischung von Geschichte und Politik mit der Notwendigkeit der Arbeit und den Ziel-Mittel-Kategorien des Herstellens sah sie eben einen Ansatz zu einer ähnlichen totalitären Kombination. Der Ziel-Mittel-Gedankengang sei anwendbar, wenn man Dinge aus totem Material herstellen wollte, aber nicht für die Schaffung einer sozialistischen Gesellschaft, wo die Menschen selbst das Material sind, aus dem die neue Gesellschaft geschaffen werden soll. Das Modell des Herstellens könne zu einer gewalttätigen Einstellung gegenüber dem menschlichen Material führen. Die Wirklichkeit und der einzelne Mensch könnten schnell zum bloßen Mittel verwandelt und dem sozialistischen Ziel oder einer anderen theoretischen Konstruktion untergeordnet werden.

Rosa Luxemburgs Begriff des politischen Handelns und ihre Auffassung von Revolution als langwierig und erfahrungsbasiert brechen mit dieser arendtianischen Interpretation von Marx. Deshalb ist es nicht so erstaunlich, dass Arendt bezweifelt, dass Luxemburg wirklich Marxistin war. Luxemburgs Revolutionsvorstellung enthält einen Begriff des politischen Handelns, der Handeln nicht nur aus einer Mittel-Ziel-Perspektive heraus versteht, sondern auch dem Spontanen und Unvorhersagbaren Raum lässt, und demzufolge man aus den Erfahrungen, die aus politischen Aktionen des revolutionären Prozesses erwachsen, lernen soll. Aber Luxemburg hat sich in dem Sinne nicht völlig frei vom marxischen historischen Prozess gemacht, dass die ökonomischen Bedingungen ihre Bedeutung für den revolutionären Prozess vollständig verlieren würden. Rosa Luxemburgs Ziel besteht immer noch im Sozialismus und nicht primär in Arendts Republikanismus. Luxemburg will mehr als Arendt, eine Tatsache, die Arendt in ihrer Interpretation der luxemburgischen Revolutionsvorstellung zu übersehen scheint.

Luxemburg = Arendt?

Ihren Höhepunkt erreicht die arendtianische Interpretation der luxemburgischen Revolutionsvorstellung in folgender Behauptung: »Ihre Beschäftigung mit der Revolution war in erster Linie eine moralische Angelegenheit, und das bedeutete, daß sie weiterhin leidenschaftlich am öffentlichen Leben Anteil nahm und die Gesicke der Welt im Auge behielt. (...) In Wahrheit trennte die republikanische Frage sie noch entscheidender von allen anderen als die nationale Frage. In dieser Hinsicht stand sie vollständig allein, wenn auch weniger prononciert, wie in ihrer Betonung, daß Freiheit, nicht nur Gedankenfreiheit, sondern politische Freiheit, unter allen Umständen garantiert werden müsse.«²² In dieser Hauptinterpretation von Luxemburgs Revolutionsvorstellung gibt es viele Hinweise darauf, dass Arendt Luxemburg vollständig vom Marxismus losgelöst hat. Laut Arendt war die Verpflichtung Luxemburgs zur Revolution vor allem moralisch, d. h. ein Sich-Engagieren im öffentlichen Leben und für die Gesicke der Welt. Ihr Republikanismus und ihre Betonung von individueller und öffentlicher Freiheit unterscheiden Luxemburg von anderen. John Peter Netti versucht, eine andere Be-

trachtungsweise zu verteidigen: »Rosa Luxemburgs beherrschende Idee war nicht Demokratie, individuelle Freiheit oder Spontaneität, sondern Teilnahme – Reibung, die revolutionäre Energie erzeugt, die ihrerseits das Klassenbewußtsein reifen läßt und zur Revolution führt.«²³

Arendt stimmt Nettl insofern zu, als dass sie unterstreicht, dass Luxemburgs »Einblick in die Natur politischen Handelns« ihr wichtigster Beitrag zur politischen Theorie war.²⁴ Gemäß ihrer eigenen Auffassung des politischen Handelns porträtiert Arendt Luxemburgs Form des politischen Handelns als der Organisation vorausgehend und als spontan. Aber Luxemburgs Begriff scheint viel zielorientierter zu sein, als Arendt einzuräumen bereit ist. In ihrer Darstellung dessen, was Luxemburg in der russischen Revolution 1905/06 hätte lernen müssen, legt Arendt einseitig Gewicht auf Perspektiven von unten und sagt nichts darüber, was Luxemburg über das Verhältnis zwischen Partei und Proletariat oder das enge Verhältnis zwischen politischen und ökonomischen Kämpfen und Sphären schrieb.²⁵ Doch Arendt unterstreicht mit Recht, dass Luxemburg an keine Revolution glaubte, an der die Mehrheit der Menschen keinen Anteil hätte und »daß sie eine deformierte Revolution weit mehr als eine erfolglose fürchtete«.²⁶

Nach meinem Verständnis hat Arendt Luxemburg auf eine ganz besondere Weise interpretiert: Dadurch, dass sie sie vom Marxismus loslöste, löste sie sie auch vom sozialistischen Ziel. Genau diese Interpretation aber hatte Luxemburg befürchtet und ausdrücklich vor einer solchen Denkweise als einer tödlichen Bedrohung der sozialistischen Bewegung gewarnt. Entfernt man aus ihrer Revolutionsvorstellung das sozialistische Ziel, reduziert man sie auf das, was sie im Kampf gegen Eduard Bernstein befürchtete, nämlich auf eine kleinbürgerliche Interpretation der Welt, die, wie andere Interpretationen der Welt, den Kapitalismus eben nicht überwindet.²⁷ Die Arendt-Biographin Elisabeth Young-Bruehl behauptet, Arendts Republikanismus sei eine Vision jenseits von Kapitalismus und Sozialismus.²⁸ Mir fällt dagegen die Vorstellung schwer, dass Luxemburgs Revolutionsvorstellung als erste Artikulation einer solchen darüber hinausgehenden Vision zu verstehen sei.

Young-Bruehl behauptet: »Arendts Rezension von Nettls Biographie war ein Nachwort zu *Über die Revolution*.«²⁹ Ich stimme Young-Bruehl darin zu, dass Arendts Rezension in mehrfacher Hinsicht wirklich dieses Nachwort ist. Hier bekommen wir endlich eine Kostprobe der Inspiration und des Einflusses, den Rosa Luxemburg auf Arendt während deren Arbeit am Buch *Über die Revolution* ausgeübt haben muss. So etwas hatte ich in dem Buch selbst vermisst, besonders weil Young-Bruehl unterstreicht, dass das Projekt *Über die Revolution* faktisch »in Berkeley Arendt eingefallen war, als sie Luxemburgs *Die russische Revolution* las«³⁰, und dass »Rosa Luxemburgs Begriff der »spontanen Revolution« (...) in Arendts Gedanken schon mehrere Jahre herumgespuht (hatte), bevor ihn die ungarische Revolution auf verwirrende Weise einlöste.«³¹

Aber diese Rezension ist auch ein Nachwort zu *Über die Revolution* in dem Sinne, dass Arendt Luxemburgs Auffassung der Revolution im Lichte ihrer eigenen Revolutionsauffassung zu interpretieren

23 John Peter Nettl: Rosa Luxemburg, a. a. O., S. 30. Nettl schafft es leider nicht, seiner Hauptinterpretation theoretisch oder empirisch Substanz zu geben, sondern er endet in mehreren Widersprüchen. Siehe zum Beispiel seine Interpretation von Luxemburgs Pamphlet: *Zur russischen Revolution* (1918), S. 664-671.

24 Hannah Arendt: Rosa Luxemburg 1871-1919, a. a. O., S. 65.

25 Ebenda, S. 65.

26 Ebenda, S. 66.

27 Rosa Luxemburg: *Sozialreform oder Revolution?* (1899), in: *GW* 1/1, S. 440-445.

28 Elisabeth Young-Bruehl: *Hannah Arendt. Leben, Werk und Zeit*, a. a. O., S. 548.

29 Ebenda, S. 549.

30 Ebenda, S. 408.

31 Ebenda, S. 406. Ich finde Young-Bruehls Charakterisierung von Luxemburgs Revolution als spontan irreführend und direkt falsch. Vgl. auch Arendts eigene Charakterisierung. Sie schreibt über »Rosa Luxemburgs spontane Revolution« in: *Die Ungarische Revolution und der totalitäre Imperialismus* (1958), in: Hannah Arendt: *In der Gegenwart*, a. a. O., S. 77. Obwohl Spontaneität in Luxemburgs Revolutionsvorstellung eine geringere Rolle spielt, ist sie definitiv kein entscheidender Faktor.

32 Vgl. auch Hannah Arendt: *Die Ungarische Revolution und der totalitäre Imperialismus*, a. a. O.

33 Ernst Vollrath: *Rosa Luxemburg's Theory of Revolution*, a. a. O., S. 83-109.

34 Ralf Kulla: *Revolutionärer Geist und republikanische Freiheit. Dieser Fakt verhindert nicht, dass Kulla die Schlussfolgerung zieht, dass Rosa Luxemburg während der deutschen Revolution 1918-1919 undemokratisch wurde. Er stützt sich besonders auf die Argumentation in: Manfred Scharer: Die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung*, Stuttgart 1985, ohne eigene Untersuchungen zum Thema zu machen. Hier soll dieses Thema in seiner vollen Breite nicht diskutiert werden. Meines Erachtens sind diese Behauptungen von Kulla und andere über Rosa Luxemburgs undemokratische Tendenzen schlecht begründet. Sie dürften nach dem Studium der Artikel und Reden von Luxemburg aus der Zeit der deutschen Revolution auch schwer zu begründen sein. Siehe: Rosa Luxemburg, in: *GW 4*, S. 397-536. Vgl. auch: Otto Kar Luban: *Demokratische Sozialistin oder 'blutige Rosa'? Rosa Luxemburg und die KPD-Führung im Berliner Januaraufstand 1919*, in: *Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz*, 35, 1999, Heft 2, S. 176-207, wo Luban im direkten Gegensatz zu Scharer argumentiert. Siehe auch Manfred Scharer: *ROSA LUXEMBURG – Die Revolution ist großartig, alles andere ist Quark*, in: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung*,

scheint. Es steht außer Zweifel, dass Luxemburgs Vorstellung hier als fast identisch mit Arendts eigener Auffassung der Revolution dargestellt wird. Genauer gesagt handelt es sich hierbei wahrscheinlich um eine Konsequenz der Wechselwirkung, die mit Arendts Interpretation von *Zur russischen Revolution* und deren Einfluss auf die Entwicklung der Revolutionsauffassung bei Arendt in *Über die Revolution* ihren Anfang nahm.³² Arendts Revolutionsauffassung scheint in ihrer nächsten Begegnung mit Luxemburg die Oberhand gewonnen zu haben. Arendts Interpretation in *Eine Heldin der Revolution* lässt sich eher als Echo auf ihre eigene Revolutionsauffassung erklären, wie sie sie in *Über die Revolution* entwirft, denn als die Auffassung von Luxemburg, wie sie sie in ihren Publikationen seit den 1890er Jahren bis zu ihrem Tod im Jahre 1919 entwickelt hat.

Politik und Philosophie

Hannah Arendt ging in ihrer Loslösung Rosa Luxemburgs vom Marxismus sehr weit. Ernst Vollrath geht noch weiter. Er lässt keinen Zweifel daran, in welche Richtung die Revolution von Rosa Luxemburg uns führt, nämlich direkt in eine repräsentative Demokratie und arendtsche Freiheit.³³ Luxemburgs marxistische Vision und die von ihr konstatierte Notwendigkeit einer langwierigen und erfahrungsbasierten Revolution zur Vermeidung von Barbarei – und damit auch der Hauptinhalt der luxemburgschen Revolutionsauffassung – gehen sowohl bei Arendt als auch bei Vollrath verloren. Die Tatsache, dass diese der von Hannah Arendt nicht so nahe stand, wie Arendt und Vollrath offenbar zu glauben scheinen, bedeutet jedoch nicht, dass zwischen einzelnen Aspekten im Denken von Luxemburg und Arendt keine Beziehung bestanden hätte.

Ralf Kullas *Revolutionärer Geist und republikanische Freiheit. Über die verdrängte Nähe von Hannah Arendt zu Rosa Luxemburg* von 1999 ist meines Wissens die erste Publikation, die Arendt und Luxemburg diskutiert, ohne wesentlich besser über Arendt als über Luxemburg informiert zu sein.³⁴ Kulla schreibt mit Recht, dass das Denken Rosa Luxemburgs »als vorweggenommene Antwort auf Hannah Arendts Kritik am Marxismus« gesehen werden könne.³⁵ Damit enden seine Überlegungen und er setzt seine Diskussion nicht fort. Noch wichtiger aber ist, dass ihr Denken als Lichtblick in der Geschichte des westlichen politischen Denkens und der politischen Theoriebildung im Allgemeinen gesehen werden kann. Arendt beschuldigte die Geschichte des westlichen politischen Denkens für eine Vorliebe über Politik in den Ziel-Mittel-Kategorien des Herstellens nachzudenken, weil diese Betrachtungsweise es ermöglichen würde, die Politik leichter zu handhaben. Dieses Politikverständnis untergrub und zerstörte die Bedingungen für genuines politisches Handeln theoretisch und praktisch, indem es die Politik auf ein Mittel zur Erreichung eines Zieles reduzierte und dabei übersah, dass Politik immer auch als ein Ziel in sich selbst angesehen werden muss.

Arendt gab zu, dass Luxemburgs Einsicht in die Natur des politischen Handelns ihren wichtigsten Beitrag zur politischen Theorie darstellte, aber sie erwähnte nicht Rosa Luxemburgs potenziellen

Einfluss auf die Entwicklung ihres eigenen Begriffs vom politischen Handeln, den der Heidegger- und Arendt-Forscher Dana Villa seinerseits Arendts möglichen originalen Beitrag zum politischen Denken genannt hat. »Meine Behauptung ist, dass der Grad der Originalität Hannah Arendts als politische Denkerin nur sichtbar wird durch eine dauernde Aufmerksamkeit in Bezug auf ihre Theorie des politischen Handelns und auf die Weise, in der sie mit der westlichen Tradition des politischen Denkens bricht.«³⁶

Arendt kritisiert nicht nur Marx, sondern die westliche politische Philosophie nach Sokrates' Tod im Allgemeinen, weil diese einen unnötigen Gegensatz zwischen Philosophie und Politik, Denken und Handeln geschaffen habe.³⁷ Seit dem politischen Denken Platons, das sich als Reaktion auf den brutalen Tod Sokrates' entwickelte, hatten Philosophie und Denken gegenüber Politik und Handeln, von denen sie sich nie wirklich haben loslösen können, den Vorrang. Handeln unterschied sich auch in zwei verschiedenen Komponenten als »Wissen« und »Tun«. Die Grundlage für die Entwicklung totalitärer Tendenzen war nicht nur bei Marx vorhanden, sondern auch in wichtigen Bereichen westlichen politischen Denkens, weil es sich in beträchtlichem Abstand zu genuiner politischer Praxis, verstanden als Politik aus den Bedingungen des Handelns, entwickelt hatte. Deshalb wünschte Arendt sehr, Philosophie und Politik, Denken und Handeln in ein engeres Verhältnis zueinander zu bringen, u. a. indem sie die nicht-hierarchischen Beziehungen zwischen ihnen unterstrich. Mir scheint, dass diese Denkweise selbst als Voraussetzung für die Abwehr totalitärer Tendenzen angesehen werden kann, weil dieses Weltverständnis in sich selbst anti-totalitär ist.

Sein oder Nicht-Sein

Wie die Arendt-Kennerin Margaret Canovan mit Recht betont, ist Arendts Gleichsetzung von Nazismus und Stalinismus mit Barbarei ein Echo des Denkens von Luxemburg über Barbarei: »Für Arendt repräsentierten sowohl Nazismus als auch Stalinismus Barbarei in einer Weise, die viel mehr als rhetorisch war. Aber hinter ihrer Analyse hallen die Worte von Rosa Luxemburg wider, die sie, ein Wort von Friedrich Engels aufnehmend, während des Ersten Weltkrieges geschrieben hatte: »Dieser Weltkrieg – das ist ein Rückfall in die Barbarei. Der Triumph des Imperialismus führt zur Vernichtung der Kultur.«³⁸

Aber die Ähnlichkeit zwischen Hannah Arendt und Rosa Luxemburg macht hier nicht Halt. Auch in Bezug auf den Versuch, eine Heilkunde gegen totalitäre Tendenzen vorzugeben, klingt Arendt wie ein Echo auf Luxemburg. Für beide ist Revolution notwendig, weil sie totalitäre und barbarische Tendenzen zu stoppen wünschen, aber sie waren völlig unterschiedlicher Meinung in Bezug auf den Inhalt und den Umfang dieser anti-barbarischen und anti-totalitären Revolution. Während Hannah Arendt nur eine politische Revolution wünschte und sogar glaubte, dass eine soziale Revolution eben zu totalitären Tendenzen und Terror führen könnte, weil diese die Notwendigkeit, das Ziel-Mittel-Denken und das Mitgefühl in die politische Arenen einbezog, stellte Rosa Luxemburg sich eine umfassende politische, soziale, ökonomische und existenzielle Revolution vor,

2000/2001, Berlin 2001, S. 391-408 und: Ottokar Luban: Rosa Luxemburg – demokratische Sozialistin oder Bolschewistin?, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, 2000/2001, Berlin 2001, S. 409-420.

35 Ralf Kulla: Revolutionärer Geist und republikanische Freiheit, a. a. O., S. 21.

36 Dana R. Villa: Arendt and Heidegger. The Fate of the Political, Princeton 1996, S. XI. Nicht überraschend diskutiert Villa Arendts Begriff des politischen Handelns, ohne diesen ins Verhältnis zu Luxemburgs Begriff zu setzen.

37 Siehe Hannah Arendt: Philosophy and Politics, in: Social Research, Band 57, Frühjahr 1990, S. 73-103. Vgl. auch: Margaret Canovan: Hannah Arendt. A Reinterpretation of her Political Thought, Cambridge 1992, S. 253-274.

38 Ebenda, S. 22. Vgl. Rosa Luxemburg: Die Krise der Sozialdemokratie (1916), in: GW 4, S. 62.

die Barbarei vermeiden könnte. Bei der Frage nach der Revolution ging es Luxemburg und Arendt nicht nur darum, wie wir uns politisch, ökonomisch, sozial und existenziell künftig einrichten wollen, sondern es ging ihnen in höchstem Grade um die Frage des kulturellen Überlebens der Menschheit als solcher. Revolution und politisches Handeln waren eine Frage von Sein oder Nicht-Sein.

Luxemburgs und Arendts Form des politischen Handelns stellen für beide die beste Möglichkeit dar, barbarische und totalitäre Tendenzen abzuwehren. Arendt kritisiert besonders das traditionelle politische Denken, weil ihm in großem Maße ein Begriff des politischen Handelns fehlt, welcher Politik nicht zum Machen von Geschichte werden lässt. Rosa Luxemburg bietet eben diesen Begriff, den Arendt sucht und den sie als »ihren wichtigsten Beitrag zur politischen Theorie« bezeichnet.³⁹ Luxemburgs Begriff des politischen Handelns überschreitet ein rigides, hierarchisches Verhältnis zwischen Theorie und Praxis und auf diese Weise überschreitet er auch die traditionelle westliche politische Philosophie, wie Arendt sie beschreibt.

Die These des Totalitarismus, dass alles möglich ist, wird in der langwierigen und erfahrungsbasierten Revolutionsvorstellung von Rosa Luxemburg widerlegt, denn sie unterstreicht, dass Praxis und Erfahrung im Revolutionsprozess die Theorie korrigieren sollen. Erfahrungen vermitteln zwischen Theorie und Praxis, so dass revolutionäre Theorie und revolutionäre Praxis immer in Wechselwirkung zueinander stehen. Alles ist eben nicht möglich in Luxemburgs Revolution; die Erfahrungen setzen dem, was gemacht werden kann, ebenso Grenzen wie dem, was nicht gemacht werden kann. Rosa Luxemburg stellt Begriffe des anti-totalitären politischen Handelns und der Revolution vor, die Raum für Spontaneität geben. Der Kern der Sache ist aber die Wichtigkeit der Erfahrungen und die Offenheit gegenüber neuen Erfahrungen. Politisch zu handeln bringt unvorhersagbare Konsequenzen mit sich. Die dadurch gewonnenen Erfahrungen können deshalb nur im Nachhinein zusammengefasst werden, und man muss versuchen, aus diesen Erfahrungen zu lernen.

Arendt stellt einen Begriff des politischen Handelns vor, der viele Gleichheitszeichen mit dem Begriff bei Luxemburg hat. Es steht außer Zweifel, dass Arendts Begriff ein Echo auf Luxemburgs Begriff ist.⁴⁰ Auf diese Weise hatte der Marxismus seinen Anteil an dem, was Arendt als das wichtigste anti-totalitäre Element im Kampf gegen totalitäre Tendenzen betrachtete. Ihr Begriff unterscheidet sich aber von dem Luxemburgs u. a. dadurch, dass er weniger zielorientiert ist. Arendt kritisierte Marx und behauptete, dass er ein instrumentelles Politikverständnis hatte. Sie selber fürchtete so sehr, in den instrumentellen Graben zu fallen, über Politik in Ziel-Mittel-Kategorien zu denken, dass sie sich dem Verdacht ausgesetzt sieht, in den entgegengesetzten Graben gefallen zu sein, in dem die politischen Ziele eine untergeordnete Bedeutung haben und Politik und politisches Handeln zum Ziel an sich werden. Während politisches Handeln für Luxemburg sowohl ein Mittel ist, das sozialistische Ziel zu erreichen, als auch ein Ziel an sich, weil Menschen sich durch politisches Handeln entwickeln, scheint Arendt politisches Handeln auf das Ziel an sich zu reduzieren. Politisches Handeln ist für Arendt

39 Hannah Arendt: Rosa Luxemburg 1871-1919, a. a. O., S. 65.

40 Doch Arendt war in der Entwicklung des Begriffs des politischen Handelns auch von anderen Quellen inspiriert. So gibt Margaret Canovan: Hannah Arendt. A Reinterpretation of her Political Thought, a. a. O., S. 136-149, eine interessante Darstellung dieses Themas, erwähnt in dieser Diskussion aber nicht Rosa Luxemburgs Begriff des politischen Handelns.

einseitig durch Spontaneität, einen neuen Anfang und unvorhersagbare Konsequenzen aufgrund der Pluralität der Menschen charakterisiert. Arendt ist sich aber vollständig im Klaren darüber, dass politisches Handeln fast immer Ziele hat, aber dass die Resultate oft nicht mit den beabsichtigten Zielen übereinstimmen. Doch warnt sie mit Recht davor, politisches Handeln nur als ein Mittel zum Ziel zu verstehen; politisches Handeln muss immer auch ein Ziel an sich sein. Sowohl in Arendts als auch in Luxemburgs Begriff des politischen Handelns ist es möglich, sich Ziele zu setzen, ohne dass man notwendigerweise in einen instrumentellen Graben fallen muss.

Revolution und Freiheit

Arendt befürchtet, dass sich eine Revolution von einer politischen zu einer sozialen Revolution entwickelt, womit die Möglichkeiten des politischen Handelns und der Freiheit untergraben würden und damit auch ihr anti-totalitäres Potenzial. Politisches Handeln und politische Freiheit sind zwei Seiten derselben Sache: »(Politische) Freiheit ist nie verwirklicht, wenn das Recht auf aktive Teilhabe an den öffentlichen Angelegenheiten den Bürgern nicht garantiert ist.«⁴¹ Eine erfolgreiche politische Revolution sollte deshalb Arenen schaffen und aufrechterhalten, in denen politisches Handeln und politische Freiheit zwei Seiten derselben Sache werden, weil »(...) Menschen nur in Bezug aufeinander (frei sein können), also nur im Bereich des Politischen und des Handelns; nur dort erfahren sie, was (an) Freiheit positiv ist und dass sie mehr ist als ein Nicht-gezwungen-werden. (...) Solange man handelt, ist man frei, nicht vorher und nicht nachher, weil Handeln und Freisein ein und dasselbe sind.«⁴² Auf die gleiche Weise wie Freiheit, die nur durch Handeln aktiviert wird, existiert Macht nur, wenn Menschen gemeinsam handeln, aber dann ist diese Gruppe von Menschen, die zusammen handelt, auch potenziell sehr machtvoll: »Macht entspricht der menschlichen Fähigkeit, nicht nur zu handeln oder etwas zu tun, sondern sich mit anderen zusammenzuschließen und im Einvernehmen mit ihnen zu handeln. Über Macht verfügt niemals ein Einzelner; sie ist im Besitz einer Gruppe und bleibt nur solange existent, als die Gruppe zusammenhält.«⁴³ Im Gegensatz zu Macht ist Gewalt abhängig von Ziel-Mittel-Kategorien und kann nie Macht ersetzen, sondern sie nur zerstören. Das Macht-Potenzial der Menschen, die im Einvernehmen handeln, ist deshalb erheblich, auch wenn sie einem übermächtigen Gewalt-Apparat begeben.

Revolutionäre können sich nicht damit zufrieden geben, nur politische Arenen zu schaffen, in denen Politik nach den Bedingungen des Handelns praktiziert werden kann. Sie müssen auch imstande sein, sie über eine bestimmte Zeitperiode aufrecht zu erhalten. Arendt hoffte auf eine Revitalisierung und permanente Rolle des Rätessystems, das eine vorübergehende Rolle in vielen Revolutionen gespielt hatte. Aber ihre Überlegung ging nicht dahin, dass alle Menschen politisch aktiv beteiligt sein müssten. Die, die teilnehmen wollen, haben das selbst gewählt, ebenso wie die, die nicht teilnehmen wollen, dies selbst gewählt haben. Ihre Idee war, dass die politische Revolution einen klaren demokratischen und anti-totalitären Zuwachs bedeuten würde, indem eine größere Masse von Menschen

41 Hannah Arendt: *Über die Revolution*, a. a. O., S. 281.

42 Hannah Arendt: *Freiheit und Politik*, in: Hannah Arendt: *Zwischen Vergangenheit und Zukunft*, a. a. O., S. 201 und S. 206.

43 Hannah Arendt: *Macht und Gewalt* (1970), in: Hannah Arendt: *In der Gegenwart*, a. a. O., S. 174.

44 Hannah Arendt: *Thoughts on Politics and Revolution* (1970), in: *Hannah Arendt: Crises of the Republic*, New York 1972, S. 233.

45 Rosa Luxemburg: *Zur russischen Revolution* (1918), in: *GW* 4, S. 259, Fußnote 3.

die Möglichkeit hat, im arendtschen Sinne politisch zu handeln und eben dadurch totalitäre Tendenzen abzuwehren. Aber sie war nicht besonders optimistisch in Bezug auf die Etablierung und Aufrechterhaltung von politischen Institutionen, die gegenüber einer politischen Teilnahme offener waren, »und doch vielleicht, und trotz alledem – im Kielwasser der nächsten Revolution.«⁴⁴

Politische Freiheit ist auch für Rosa Luxemburg von großer Wichtigkeit; doch ist die politische Freiheit gerade deshalb so besonders wichtig, weil Menschen erst durch sie die Möglichkeit bekommen, Erfahrungen zu machen, und aus den Erfahrungen auf dem Weg zu einer sozialistischen und demokratischen Gesellschaft hoffentlich etwas lernen. Freiheit ist ganz einfach eine wichtige und notwendige Voraussetzung einer erfolgreichen Entwicklung der Revolution. Die berühmten Worte aus Luxemburgs Pamphlet *Zur russischen Revolution* vom Herbst 1918: »Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden«⁴⁵ wurden eben im Kontext der Bedeutung der im Revolutionsprozess gemachten Erfahrungen geschrieben. Ohne diese Erfahrungen kann keine demokratische und sozialistische Gesellschaft verwirklicht werden. Was sie wissen müssen, um eine sozialistische Gesellschaft zu erschaffen, lernen die Revolutionäre im Revolutionsprozess durch politisches Handeln und politische Freiheit. Die Revolution muss deshalb langwierig sein, weil die Menschen im Kampf selbst durch Versuch und Irrtum lernen, was sie wissen müssen, um sich selbst leiten zu können. Nur in der Auseinandersetzung mit der bestehenden Gesellschaft, national wie international, ökonomisch wie politisch, individuell wie auch zusammen mit anderen, ist die Errichtung einer besseren Gesellschaft möglich.

Wenn die Mehrheit der Menschen nicht wünscht, für eine bessere Alternative zu kämpfen, ist Barbarei unumgänglich. Wie von Arendt formuliert, entspricht Macht der Tatsache, dass Menschen gemeinsam handeln. Und diese Form der Macht ist in Luxemburgs Revolutionsvorstellung die entscheidende, und sie entscheidet außerdem darüber, ob eine Revolution erfolgreich sein wird oder nicht. Aber Luxemburg argumentiert auch, dass Gewalt im Augenblick der Eroberung der Macht notwendig sein kann, wenn die Machthaber sich weigern, ihre Privilegien aufzugeben, und selbst Gewalt anwenden, um sich im Kampf gegen eine überlegene Macht, die sich auf die Mehrheit der Menschen gründet, zu schützen.

Der Marxismus stellt eine Vision der großen und allgemeinen Ziele dar, aber wie diese Ziele zu erreichen sind, werden die Menschen durch politisches Handeln im Revolutionsprozess herausfinden müssen. Dieser Erfahrungsprozess wird in der sozialistischen Gesellschaft nicht zu Ende sein. Nach Luxemburg hört die sozialistische Demokratie im gelobten Land nicht auf zu funktionieren, wobei diese Demokratie nicht existieren kann ohne die Möglichkeit, neue Erfahrungen zu machen. Auch der Sozialismus in der gelobten und klassenlosen Gesellschaft kann sich nicht von den Bedingungen des Lebens und dem Bedarf an ständigen neuen Erfahrungen auf dem Golgathaweg des Lebens freimachen.

Wahrscheinlich würde es zu einer Neubewertung von Arendts Verhältnis zum Marxismus führen, wenn sie vollständig akzeptiert hätte, dass Rosa Luxemburg zeitlebens Marxistin war. Hannah

Arendt spürte erfolgreich totalitäre wie auch anti-totalitäre Elemente der revolutionären Tradition in ihrer Gesamtheit auf; bezüglich der marxistischen Tradition jedoch, scheint sie eher bereit zu sein, die Verbindung Luxemburgs zum Marxismus aufzuweichen, als einzuräumen, dass Luxemburgs Begriff des politischen Handelns und ihre Vorstellung von Revolution wichtige anti-totalitäre Elemente innerhalb der marxistischen Tradition ausmachen. Ihrerseits scheint Arendt in ihrem eigenen Begriff des politischen Handelns und in ihrer Vorstellung der Revolution von diesen Elementen sehr beeinflusst zu sein. Arendts Kritik an Karl Marx führt sie auf einen Weg weg vom Marxismus, aber gleichzeitig bringt ihre gedankliche Nähe zur Marxistin Rosa Luxemburg sie der marxistischen Tradition wieder näher.

RONALD LÖTZSCH

Die SED-beherrschte DDR

Ein Arbeiter-und-Bauern-Staat, frei von Ausbeutung?

Wenn die PDS politisch überleben will, muß sie eine Programmatik entwickeln, die geeignet ist, aktive Mitstreiter, Sympathisanten und nicht zuletzt Wähler zu mobilisieren. Entsprechende Ziele zu formulieren und überzeugend zu propagieren, wird uns jedoch nur gelingen, wenn wir mit unserer Vergangenheit ins Reine kommen.

Das ist nicht nur die Geschichte der SED und des von ihr geschaffenen und über 40 Jahre beherrschten Staates. Vieles wird nur begreifbar, wenn die enge Verstrickung dieser Partei und ihrer Vorläuferin, der KPD, in die widerspruchsvolle Entwicklung der KPdSU und der Sowjetunion in die Erörterung mit einbezogen werden.

Dies gilt insbesondere für eine Frage, die merkwürdigerweise in der Diskussion über das Scheitern des »realen Sozialismus« so gut wie keine Rolle spielt. Ich meine die Frage, ob die von den kommunistischen Parteien ständig verkündete Losung, es gehe ihnen um die Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, dort, wo sie an der Macht waren oder noch sind, tatsächlich verwirklicht wurde. Schon die Fragestellung mag manchen Genossen schockierend erscheinen, und dies ist wohl auch der Grund, warum das Problem selbst auf wissenschaftlichen Konferenzen der PDS allenfalls gestreift wird. Gewisse Ansätze zu einer Behandlung gab es auf der Stalinismus-Konferenz der PDS am 17. und 18. November vorigen Jahres.¹

Nun wird nicht jeder der Gleichsetzung der Begriffe »Realsozialismus« und »Stalinismus« zustimmen. Wolfgang Ruge z. B., der auf der erwähnten Konferenz eine auf eigenes tragisches Erleben gestützte erschütternde Beschreibung des von Stalin in der Sowjetunion etablierten und bis zu dessen Tode praktizierten Terrorregimes gab, möchte den Terminus »Stalinismus« auf eben dieses System beschränken.² In der Tat sind die z. T. erheblichen graduellen Unterschiede zwischen den chronologischen oder »nationalen« Spielarten »realsozialistischer« Systeme nicht zu übersehen. Wenn Ruge den Stalinismus als ein »Herrschaftssystem sui generis« versteht, das sich nicht in das herkömmliche Schema der Gesellschaftsformationen einordnen lasse, dann kann er dafür gewichtige Argumente geltend machen. Eines der schwerwiegendsten dürfte darin bestehen, daß das stalinistische Gesellschaftssystem Elemente aller bisherigen Gesellschaftsordnungen enthält, selbst solche des Feudalismus und der Sklaverei. In der Tat wurde unter Stalin auch die millionenfache Ausbeutung von Sklavenarbeit untrennbarer Bestandteil der »Volkswirtschaft«. Spezielle Abteilungen des NKWD

Ronald Lötzsch – Jg. 1931, Prof. Dr., Sprachwissenschaftler und Minderheitenforscher, 1951-1956 Studium in Leningrad, 1956-1957 wiss. Assistent am Slawischen Institut der Universität Leipzig, danach bis 1960 in Haft wegen angeblicher Beihilfe zum Staatsverrat (Urteil 1990 vom Obersten Gericht der DDR kassiert), 1961-1991 Mitarbeiter der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin bzw. der ADW der DDR, 1993-1995 Inhaber des Lehrstuhls für sorabistische Sprachwissenschaft und Leiter des Instituts für Sorabistik der Universität Leipzig, seit 1998 Mitglied der Leibniz-Sozietät, zuletzt in UTOPIE kreativ: Widersprüche in der bundesdeutschen Minderheitenpolitik, Heft 188 (Juni 2003).

Der Beitrag entstand 1991 und wurde mit einigen Kürzungen und minimalen redaktionellen Änderungen in der Beilage zu Nr. 15/1991 der PDS-Wochenzeitung »Berliner Linke« veröffentlicht. Hier wird er erstmals vollständig wiedergegeben.

1 Vgl. Der Stalinismus in der KPD und SED – Wurzeln, Wirkungen, Folgen Materialien der Konferenz der Historischen Kommission beim Parteivorstand der PDS am 17./18. November 1990, Berlin 1991.

2 Vgl. Wolfgang Ruge: Zum Problem des Stalinismus, ebenda S.78 ff., auch: Wolfgang Ruge: Stalinismus – Versuch einer Begriffsbestimmung, in: Wolfgang Gehrcke (Hrsg.): Stalinismus – Analyse und Kritik – Beiträge zu einer Debatte, Pahl-Rugenstein Nachf. Bonn 1994, S. 9 ff.

hatten dafür zu sorgen – entsprechende Dokumente wurden inzwischen veröffentlicht –, daß mit Beginn der Arbeiten an den jeweiligen »Großbauten des Sozialismus« auch die Straflager rechtzeitig gefüllt waren.

Nun wird niemand behaupten wollen, dies sei auch in der DDR nicht anders gewesen. Überhaupt wird eine sachliche Analyse m. E. noch erweisen, daß die spezifische Ausprägung, die das auch hier im wesentlichen von außen übergestülpte stalinistische System in der DDR erfuhr, uns nicht nur vor dieser barbarischsten Komponente des originären Stalinismus bewahrte. Die Ursachen hierfür waren sicher vielfältig. Der Hauptgrund war wahrscheinlich, daß die noch über das Kriegsende hinausreichende Zusammenarbeit in der Anti-Hitler-Koalition die Sowjetunion in dem durch die Rote Armee besetzten Teil Deutschlands zu Rücksichten zwang, auf die Stalin und seine Erfüllungsgehilfen in den anderen »Bruderstaaten« verzichten zu können glaubten. Wohl nicht zuletzt deshalb spielten aufrechte Antifaschisten, nicht nur Kommunisten, in den ersten Jahren nach der Befreiung eine keineswegs zweitrangige Rolle. Ihr Bestreben, eine wirklich antifaschistisch-demokratische Ordnung zu errichten, ist über jeden Zweifel erhaben. Erst in dem Maße, wie sich der Kalte Krieg verschärfte, erhielten Apparatschiks Ulbrichtscher Prägung und ihre Büttel vom Typ eines Honecker oder Mielke den Auftrag und die Möglichkeit, die aufrechten Demokraten allmählich in den Hintergrund zu drängen und schließlich völlig auszuschalten.

Es ist eine Ironie der Geschichte, daß ausgerechnet Ulbricht später zu Einsichten gelangte, die ihn gegen das Ende der 60er Jahre bei der Führungsspitze der KPdSU in Ungnade fallen ließen. Mit deren Auffassung von der »reinen Lehre des Marxismus-Leninismus« war eine »sozialistische Menschengemeinschaft«, die für die Phase der »relativ selbständigen Formation des Sozialismus« auch einen – zumal für das Funktionieren der Wirtschaft – nicht unerheblichen Anteil privaten Unternehmertums mit einschloß, natürlich völlig unvereinbar. Nun wagten auch die bis dahin zuverlässigsten Stützen des Ulbricht-Regimes, Honecker und sein Anhang, die Palastrevolution, die den Abweichler schließlich aufs Altenteil beförderte.

In diesem Zusammenhang ist ein Aspekt für die hier gestellte Frage interessant. Viele Genossen werden sich noch erinnern, welche pseudowissenschaftlichen Klimmzüge es auslöste, wenn in parteiinternen Diskussionen die Frage aufgeworfen wurde, ob in den in der DDR noch bestehenden Privatbetrieben die Werktätigen weiter ausgebeutet würden. Denn daß die Erträge dieser meist florierenden Betriebe sich unmittelbar auch in einem überdurchschnittlichen Einkommen der Unternehmer niederschlugen, fiel selbst dem Außenstehenden auf. Doch in einem von einer »marxistisch-leninistischen« Partei geführten »Arbeiter-und-Bauern-Staat« durfte es selbstverständlich keine Ausbeutung geben.

Auch in der Landwirtschaft kam es außerhalb der Sowjetunion zu erheblichen Abweichungen vom »klassischen« stalinistischen Modell. Auf eine Verstaatlichung von Grund und Boden wurde überall verzichtet. Die Führung der PVAP wandte sich im Oktober 1956 grundsätzlich gegen eine zwangsweise Vergenossenschaftlichung, rechnete sich das Festhalten an der Einzelbauernwirtschaft als ihren

spezifischen Beitrag zur »Bereicherung der theoretischen Schatzkammer des Marxismus-Leninismus« an und hielt diese Linie bis zum Ende ihrer Herrschaft durch. In der DDR wurden zwar die meisten Bauern 1959 im Rahmen einer von der SED gestarteten Kampagne alles andere als begeisterte LPG-Mitglieder. Nach anfänglichen Schwierigkeiten war die »sozialistische« Landwirtschaft jedoch immerhin in der Lage, im wesentlichen die Selbstversorgung der DDR-Bevölkerung zu gewährleisten. Allerdings auf Kosten einer echten Rentabilität, der Bodenfruchtbarkeit und extremer Belastung der Umwelt.

Jedenfalls ist die Frage keineswegs abwegig, ob die »sozialistische Staatengemeinschaft« angesichts solcher Unterschiede im Prinzip dennoch ein einheitliches Gesellschaftssystem »sui generis« bildete, das trotz aller spezifischen Ausprägung in den einzelnen Ländern letztlich doch auf dem »klassischen« Stalinismus aufbaute. Nach meiner Überzeugung überwogen die Gemeinsamkeiten die Unterschiede bei weitem.

Die entscheidende Übereinstimmung war die vollständige politische Entmündigung des Volkes, die »Entfremdung der Werktätigen von der politischen Macht« (Einschätzung der 19. Parteikonferenz der KPdSU).³ Die unter demagogischem Mißbrauch sozialistischer Ideale und Losungen erschlichene absolute Macht Stalins und seiner Komplizen in Partei und Staat bedeutete den Abschluß einer politischen Konterrevolution. Alle Macht konzentrierte sich nun in den Händen einer »sich allmählich zur Klasse entwickelnden parasitären Bürokratie« (Mario Keßler auf der Stalinismus-Konferenz).⁴

Auch in der DDR war dies im Prinzip nicht anders. In einem Interview, das ND in der Ausgabe vom 8./9. Dezember 1990 veröffentlichte, verwies der bekannte Mannheimer Historiker Hermann Weber auf die Übereinstimmung in der Machtausübung, »deren Kern die Allmacht, die Diktatur der kommunistischen Partei bildet, die mit Hilfe der politischen Polizei (in der DDR des MfS) das gesamte öffentliche Leben bestimmt«. Dem muß man wohl zustimmen. Allerdings scheinen mir die Proportionen etwas verschoben. In der Anfangsphase mag die Partei sowohl in der Sowjetunion als auch in der DDR noch über den direkten Unterdrückungsapparat dominiert haben. Sobald sich jedoch stalinistische Strukturen im eigentlichen Sinne durchsetzen, untersteht dieser Apparat nur noch unmittelbar dem Diktator bzw. dem obersten Exponenten einer wegen ihrer Unabsetzbarkeit im Endergebnis zwangsläufig zur Gerontokratie verkommenden Oligarchie, genannt Politbüro. Er wird nunmehr nicht nur zur Unterdrückung des Volkes überhaupt, sondern auch zur Disziplinierung der Parteibasis mißbraucht.

Stalinismus in allen seinen Spielarten bedeutet aber nicht nur politische Entmündigung des Volkes. Die 19. Parteikonferenz der KPdSU konstatierte außerdem die »Entfremdung der Werktätigen von den Produktionsmitteln«. Insbesondere die während der »allgemeinen Kollektivierung der Landwirtschaft« mit brutalsten Mitteln durchgesetzte »Entfremdung der Bauern vom Boden« bedeutete, daß die gesellschaftliche Entwicklung hinter die französische Revolution zurückgeworfen wurde, eine Art Refeudalisierung (so Klaus Kinner auf der Stalinismus-Konferenz).⁵ Auch über die verstaatlich-

3 28. 6. bis 3. 7. 1988, Moskau.

4 Vgl.: Mario Kessler, Yvonne Thron: Entscheidung für den Stalinismus? – Die Bolschewisierung in KPD und Komintern, in: Der Stalinismus in der KPD und SED – Wurzeln, Wirkungen, Folgen, Berlin 1991, S. 25.

5 Vgl. Klaus Kinner: Die KPD und die Demokratie von Weimar, in: Der Stalinismus in der KPD und SED – Wurzeln, Wirkungen, Folgen, Berlin 1991, S. 10 ff., auch: Klaus Kinner: Das Jahr 1928 – Die verlorene Alternative zu Stalin, in: Wolfgang Gehrecke (Hrsg.), S. 57 ff.

ten bzw. formal vergenossenschaftlichten, auf alle Fälle aber demagogisch zum gesellschaftlichen Eigentum erklärten Produktionsmittel verfügt nun die gleiche Kaste, die ohne jede Legitimation durch das Volk die politische Macht ausübt. Selbst dort, wo – wie in der ehemaligen DDR – der Boden noch de jure Eigentum der Bauern ist, können diese nicht frei darüber entscheiden, was darauf anzubauen ist. Die fast überall im »realen Sozialismus« proklamierte »Mitbestimmung der Werktätigen« wird zur reinen Farce. Die Gewerkschaften sind zur »Transmission« der Staatspartei umfunktioniert, ihre Funktionäre zu Jasagern und Statisten degradiert. Das Produktionsergebnis bzw. der Erlös daraus werden vom Staat, auf dessen Entscheidungen der einfache Bürger keinerlei Einfluß hat, im Grunde genommen konfisziert. Die Verteilung erfolgt nicht über den praktisch liquidierten Markt, sondern weitgehend ebenfalls durch die Bürokratie, deren Festlegungen nicht selten eine auch nur annähernde Sachkenntnis vermissen lassen. Auf der Strecke bleiben langfristig nicht nur die Interessen der Produzenten, sondern auch die der Reproduktion selbst, von der natürlichen Umwelt ganz zu schweigen. Sich jahrzehntelang hinquälende Stagnation mit ständiger Verschlechterung der Lebensverhältnisse sind vorprogrammiert.

Die Werktätigen, auch viele von denen, die sich ursprünglich sozialistischen Idealen verpflichtet glaubten, sehen sich zunehmend um die Früchte ihrer Arbeit betrogen und verlieren schließlich jedes Interesse an ihr und an dem gesellschaftlichen System, das sie in diese Lage gebracht hat. Hinzu kommt, daß die offizielle Propaganda ihnen ständig einzureden versucht, wie gut es ihnen im Vergleich zu ihren »ausgebeuteten Klassenbrüdern« in den kapitalistischen Ländern doch gehe. Da sie selbst angeblich die »Errungenschaften des Sozialismus« genießen, werden sie anfällig für Losungen wie »Nie wieder Sozialismus!« und wählen bei den ersten geheimen Wahlen diejenigen, die sich am lautstärksten antisozialistisch gebärden.

Die DDR und andere relativ entwickelte »realsozialistische« Länder haben dies bereits hinter sich. Ihre Bevölkerung kann nun am eigenen Leibe erfahren, wodurch sich das neue vom alten System unterscheidet. Die Schlußfolgerungen werden von Mensch zu Mensch, von Klasse zu Klasse, aber auch von einer Katastrophe zur anderen unterschiedlich sein. Auch der vielbeschworene »einfache Mann auf der Straße«, der mehrheitlich das alte System ablehnte und deshalb Schwarz wählte, wird zunehmend desillusioniert. Denn wiederum muß er mehrheitlich feststellen, daß er der versprochenen Segnungen des als »freie«, »soziale« und gar »ökologische« Marktwirtschaft gepriesenen real existierenden Kapitalismus durchaus nicht im erwarteten Maße teilhaftig wird. Manche wird dies sogar zu der Einsicht veranlassen, daß das alte System bei aller pseudosozialistischen Demagogie in der Tat auch nicht zu unterschätzende reale soziale Vorteile bot, die nicht nur der herrschenden Bürokratie zugute kamen. Hier gilt es anzuknüpfen, um das Recht auf Arbeit, Wohnung und Kinderbetreuung durchzusetzen und gleichzeitig zu verhindern, daß wieder wie im gescheiterten »Sozialismus« bzw. noch immer wie auch im Kapitalismus, auf lange Sicht die Wirtschaft untergraben und die Umwelt vernichtet wird. Daß es dazu noch langwierigen politischen Kampfes bedarf, liegt auf der Hand. In dem Maße je-

doch, wie es gelingt, der herrschenden Klasse solche Zugeständnisse abzutrotzen, verbessern sich auch die Voraussetzungen für die Erreichung des Fernziels demokratischer Sozialisten, für die Überwindung der die Existenz der Menschheit in vielfältiger Hinsicht bedrohenden Kapitalsherrschaft.

Auf keinen Fall aber sollten wir uns durch die Enttäuschung breiter Bevölkerungsschichten über die Auswirkungen der in Kolonialmanier vollzogenen Restauration des Kapitalismus verleiten lassen, unsere Vergangenheit nostalgisch zu verklären. Auch die relative soziale Sicherheit, die der Durchschnittsbürger, vorausgesetzt, er verhielt sich genügend angepaßt, in der DDR genoß, ändert nichts an der in Verlautbarungen der PDS wiederholt getroffenen Feststellung, daß der »(real existierende) Sozialismus« zu keinem Zeitpunkt der Geschichte die Qualität einer sozialistischen Gesellschaft besaß.

Welchen Charakter hatte er aber dann?

M. E. müssen wir uns als Partei zu der Einsicht durchringen, daß das letztlich von Stalin und seinen Anhängern unter spezifischen inneren und äußeren Bedingungen errichtete Gesellschaftssystem ungeachtet aller Modifizierungen, die es bei seiner Ausdehnung über die Grenzen der Sowjetunion hinaus und auch dort nach 1953 erfuhr, eine bisher einmalige Ausprägung der Ausbeutergesellschaft darstellte. Und zwar eine besonders perfide. Denn etablieren und ausbreiten konnte es sich nur unter Mißbrauch der Ideale und Ziele der sozialistischen Arbeiterbewegung. Um die Werktätigen davon abzuhalten, für ihre ureigensten Interessen einzutreten, wird die pseudo-sozialistische Demagogie, wie insbesondere die Situation in den Ländern zeigt, in denen das System noch immer dominiert, bis zum endgültigen Fiasko beibehalten. Um so verheerender sind dann die politischen, sozialen, wirtschaftlichen und psychologischen Folgen des Zusammenbruchs.

Bei allen Besonderheiten, die das politische, wirtschaftliche und soziale System der nun wieder bedingungslos dem Kapital ausgelieferten DDR aufwies, muß diese bittere Erkenntnis auch für den »ersten Arbeiter-und-Bauern-Staat auf deutschem Boden« gelten. Sie sollte uns nicht zur Resignation, sondern zu verstärkten Bemühungen um wahren Fortschritt im Sinne des Überlebens der Menschheit veranlassen.

PETER GÄRTNER

Menschenrechte, Kuba und linke Politik

Anlass dieser Meinungsäußerung sind die Auseinandersetzungen um die Zustimmung von drei Abgeordneten der Linkspartei zur Kuba-Resolution des EU-Parlaments vom 2. Februar 2006.¹

Zwar ist seitdem geraume Zeit vergangen und beide Seiten – Befürworter und Kritiker der Resolution – haben ihre Argumente vorgebracht², die Bedeutung der dabei aufgeworfenen politischen und theoretischen Grundfragen (Menschenrechte, Inhalt und Kriterien von Sozialismus, Glaubwürdigkeit linker Politik, Verhältnis von Kritik und Solidarität unter Linken) rechtfertigen jedoch eine weiterführende, sachliche Debatte, zumal nach wie vor dringender Klärungsbedarf besteht. Ausgehend von den jeweils vorgebrachten Argumenten soll hier ein Diskussionsangebot gemacht werden, das hoffentlich zur Versachlichung der Debatte beiträgt.

Deshalb seien an erster Stelle die Gemeinsamkeiten beider Seiten hervorgehoben, die auch den Grundkonsens linkssozialistischen Politikverständnisses bilden sollten:

a) Die Durchsetzung universeller und unteilbarer Menschenrechte stellt das oberste Ziel linker Politik dar. Dazu ist der Übergang zu einer menschenwürdigen Gesellschaft notwendig, in der Sozialismus und Demokratie eine untrennbare Einheit bilden.

b) Glaubwürdigkeit und Konsequenz sind unverzichtbare Bestandteile linken Politikverständnisses. Dies sind nachvollziehbare und gerechtfertigte Argumente der Resolutionsbefürworter, denen das Recht auf freie Gewissensentscheidung zugestanden werden muss. Auch das von ihnen vorgebrachte Argument, mit der Zustimmung zur Resolution Sanktionen gegen Kuba und eine Eskalation der ohnehin schon gespannten Beziehungen zwischen der Karibikinsel und der EU verhindern zu wollen, verdient Beachtung.

c) Im Umgang der Linken miteinander bilden Solidarität und Kritik eine untrennbare Einheit, was auch und gerade gegenüber Kuba sowie für die Diskussion beider Seiten über die dortige Situation gilt. Dabei sollten folgende Prämissen Konsens sein:

- Kuba ist untrennbarer Teil des globalen linken Kräftespektrums und damit Freund und Verbündeter der europäischen Linken.

- Bei der Umsetzung sozialer Menschenrechte (Grundsicherung, Gesundheit, Bildung) sowohl im eigenen Land als auch im Rahmen der Hilfe für andere Länder des Südens hat Kuba vorbildliches geleistet.

- Blockade und Embargo durch die USA stellen das Haupthindernis für eine freie und demokratische Entwicklung Kubas dar.

Peter Gärtner, Jg. 1957, Dr. phil. habil., Politikwissenschaftler, Leipzig; Arbeits- und Forschungsgebiete: Nord-Süd-Beziehungen, Demokratisierung, Entwicklungstheorie- und -politik, Staatlichkeit und Globalisierung, regionaler Schwerpunkt: Lateinamerika.

1 Zum Text der EP-Resolution vgl. <http://www.europarl.eu.int/omk/sipade3?TYPE-DOC=TA&REF=P6-TA-2006-0042&MODE=SIP&L=DE&LSTDOC=N>.

2 Zur den Argumenten der Resolutionsbefürworter und der beiden Abgeordneten, die sich der Stimme enthalten haben, vgl. www.sylvia-yvonne-kaufmann.de/presse/pe/200602091600.html sowie die Erklärung von André Brie vom 15. 2. 2006. Zur Haltung

Ein kritischer und umstrittener Punkt ist mit Sicherheit die Verletzung politischer Menschenrechte (Inhaftierung aus politischen Gründen, Todesstrafe, Einschränkung der Reisefreiheit) in Kuba. Sie sollten m. E. keineswegs gelehnet oder unter den Teppich gekehrt werden. Vielmehr halte ich es für angebracht, die Gründe für, die Bewertungen von und die Schlussfolgerungen aus diesen Verletzungen sachlich und offen zu diskutieren, wobei die kubanische Seite unbedingt als Dialog- und Diskussionspartner einzubeziehen ist. Damit ist zugleich deutlich geworden, dass die Meinungsunterschiede in diesen Punkten legitim sind und in produktiver Weise zum Gegenstand einer Debatte unter Linken gemacht werden sollten.

Für falsch halte ich allerdings gegenseitige Beschuldigungen und Unterstellungen wie »Verrat« oder »reaktionär« gegenüber den Resolutionsbefürwortern bzw. »Stalinismus« oder »unbelehrbar« gegenüber den Resolutionskritikern – und zwar, weil dies unproduktiv und unsachlich ist: anstatt Brücken zu schlagen und gemeinsam zu neuen Erkenntnissen zu gelangen, werden nur Gräben aufgerissen, um sich darin zu verschanzen.

Was die konkrete Entscheidung – die Zustimmung zu besagter EU-Resolution – anbetrifft, so halte ich diese aus folgenden Gründen politisch für kontraproduktiv und falsch: erstens nimmt die Resolution nur auf einen Aspekt der Menschenrechtssituation auf Kuba (Ausreiseverbot für die »Damen in Weiß«) Bezug, der zudem im Gesamtkontext von sekundärer Bedeutung sein dürfte; zweitens fehlt die politische Einordnung der Haltung der kubanischen Führung (Rolle der USA); drittens ist die Sprache der Resolution anmaßend; viertens ist die Gefahr der Instrumentalisierung der Befürworter durch kubafeindliche Kräfte enorm groß; fünftens führt die Entscheidung zur Verhärtung statt zur Verbesserung der Lage auf Kuba; sechstens wäre eine vorherige Diskussion mit der kubanischen Führung angebracht gewesen.

Im Weiteren soll auf Gegenstand und Argumente der durch die Zustimmung der drei Abgeordneten der Linkspartei zu besagter EU-Resolution ausgelösten Debatte näher eingegangen werden.

Menschenrechte: Voraussetzungen, Grenzen, Prioritäten

Unteilbarkeit und Universalität der Menschenrechte sind zwar nicht hintergebarbarer Anspruch bzw. Zielstellung auch und gerade linker Politik, aber nirgends vollständig umgesetzte Realität, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen und in unterschiedlichem Maße.

Daraus ergeben sich zwei grundsätzliche Fragen: Zum einen nach Voraussetzungen und Grenzen der Universalität von Menschenrechten und zum anderen nach Prioritäten und Wegen ihrer schrittweisen Durch- und Umsetzung.

Anhand der europäischen bzw. westlichen Erfahrungen lassen sich der Rechtsstaat als institutioneller Rahmen, Bourgeoisie und Arbeiterbewegung als Protagonisten sowie die auf kapitalistischer Produktivkraftentwicklung basierende Wohlstandsmehrung als materielle Voraussetzung der Durchsetzung von Menschenrechten benennen. Alle drei Voraussetzungen wurden zwar im Kampf um den Durchbruch zum Kapitalismus bzw. um dessen Ausgestaltung realisiert, dennoch setzt gerade der Kapitalismus der vollständigen Durchsetzung der Menschenrechte auch Grenzen in Umfang und Tiefe.

und zu den Argumenten der Kritiker vgl. Interview mit Tobias Pflüger in: junge welt, 10. 2. 2006 sowie »Resolution aus Kuba« vom 10. 2. 2006 unter: <http://linkszeitung.de>. Die Meinung des Vorsitzenden der Linkspartei, Lothar Bisky, kann man im ND v. 4. 4. 2006 nachlesen. Zur Diskussion über Grundsatzzfragen in Zusammenhang mit der Debatte über die EP-Resolution vgl. die Beiträge von Michael Brie und Uwe-Jens Heuer in: junge Welt v. 4. und 5. April 2006. Der Text von M. Brie findet sich auch auf der Homepage der RLS. Diese Version wird im folgenden als Quelle verwendet.

Dazu zählen: die einseitige Auslegung und Schwerpunktsetzung der Menschenrechte, wobei die Priorität auf den individuellen, politischen und Freiheitsrechten liegt; die Reversibilität der durchgesetzten Menschenrechte, deren Bestand an ein bestimmtes Kräfteverhältnis gebunden ist; die strukturell bedingte Ungleichheit in Bezug auf Macht und Ressourcen sowie der weitgehende Ausschluss der Wirtschaft aus dem realen Geltungsbereich von Menschenrechten.

Hinzu kommen neuartige Entwicklungen, die im Rahmen der neoliberalen Globalisierung gravierende negative Auswirkungen auf den Geltungsbereich von Menschenrechten haben. Zu nennen sind in erster Linie die Verschiebungen im Kräfteverhältnis zwischen Staat und Kapital sowie zwischen Arbeit und Kapital zugunsten des global ausgreifenden und vor allem spekulativ ausgerichteten Finanzkapitals, die den Rechts- und Wohlfahrtsstaat aushebeln, die imperiale Hybris seitens der USA, die im eigenen Land die Grundrechte ihrer Bürger einschränken und sich außerhalb ihrer Grenzen nicht um Menschen- oder Völkerrecht scheren sowie die rasch zunehmende globale Ungleichheit als Ergebnis neoliberaler Dominanz.

Aus der historisch gegebenen Verklammerung von Menschenrechten und westlichem Kapitalismus ergeben sich zugleich zwei grundsätzliche Probleme für linke Politik:

a) Soll und kann die europäische Entwicklung in puncto Menschenrechten überhaupt wiederholt und damit universalisiert werden, wenn nicht nur die historischen *Voraussetzungen* fehlen, sondern im Zuge der neoliberalen Globalisierung zudem neue Belastungen und Hindernisse für ihre umfassende Durchsetzung entstehen?

b) Wie können die *Grenzen* des westlichen Verständnisses und der kapitalistischen Praxis bei der Umsetzung von Menschenrechten überwunden werden?

Beide Problemfelder implizieren die Möglichkeit und Notwendigkeit verschiedener Wege bei der Universalisierung von Menschenrechten. Neben der gleichrangigen Einbeziehung anderer kultureller, politischer und historischer Erfahrungen sowie der Berücksichtigung unterschiedlicher materieller und wirtschaftlicher Voraussetzungen kommt dabei der Bestimmung der Prioritäten bei der prozessualen Realisierung der Menschenrechte eine Schlüsselstellung zu.

In seinem Beitrag auf der Rosa-Luxemburg-Konferenz vom 5. März 2005 geht Michael Brie, der sich darin über Menschenrechte und die Haltung zu Kuba äußert³, ebenfalls von der schrittweisen Durchsetzung der Menschenrechte aus, wobei er den politischen Menschenrechten ein demokratisch wie sozialistisch begründetes Primat zuerkennt⁴. Seiner Argumentation zufolge machen erst die politischen Rechte die sozialen und kulturellen Rechte zu solchen, andernfalls könne man bestenfalls von Gratifikationen und Zugeständnissen der Machthaber sprechen.

Diese Betrachtungsweise fordert in mehrfacher Hinsicht Widerspruch heraus. An dieser Stelle sollen zunächst Kriterien der Prioritätensetzung vorgestellt werden, die eine andere Primatbestimmung erlauben, um dann beim Thema Kuba die Berechtigung des Primats politischer Rechte und ihre Bedeutung für Sozialismus am konkreten Beispiel zu diskutieren.

Die funktionale Bedeutung politischer Menschenrechte ist zwar richtig und wichtig, aber nicht hinreichend für die Zuerkennung eines Pri-

3 Vgl. Michael Brie: Was hätte Rosa gesagt? Beitrag auf der Rosa-Luxemburg-Konferenz der RSL, 5. März 2006, S. 5 der PDF-Version unter: www.rosalux.de/cms/index.php?id=11218.

4 Vgl. ebenda, S. 6.

mats gegenüber allen anderen Rechten. Folgende Gegenargumente lassen sich zur Untermauerung dieser These anführen:

Erstens ist die Prioritätensetzung bei der schrittweisen Durchsetzung von Menschenrechten vom jeweiligen Kontext abhängig. Dazu zählen Ressourcenausstattung, institutionelle Voraussetzungen, Interessen und Werte der gesellschaftlichen und politischen Akteure sowie die subjektive Situation der Menschenrechte einfordernden Gruppen und Individuen. Beispielsweise erfordert die Durchsetzung von Menschenrechten in einem von Staatszerfall bedrohten Land zuerst das Funktionieren elementarer politischer Institutionen und die Sicherstellung der Grundversorgung der Bevölkerung. Das Menschenrecht auf Leben, also die pure Existenzsicherung, steht hier an erster Stelle. In dieser Situation, die immerhin auf eine Reihe afrikanischer und einige asiatische Länder zutrifft, ist die Realisierung sozialer Menschenrechte z. B. durch internationale NGOs notwendig, ohne dass bereits politische Menschenrechte durchsetzbar sind. In anderen Fällen differiert die Prioritätensetzung je nach individueller oder gruppenspezifischer Lebenssituation. Ein in relativer materieller und physischer Sicherheit lebender Freiberufler räumt anderen Menschenrechten Priorität ein als ein in Armut lebender Bauer, der zudem vielleicht noch von Dürre oder Bürgerkrieg bedroht ist. Meist stehen jene Menschenrechte auf der politischen Tagesordnung, die noch nicht durchgesetzt sind oder die in einer bestimmten Situation besondere Dringlichkeit besitzen. Das Primat von politischen Rechten ist Kennzeichen der besonderen Entwicklung des westlichen Kapitalismus und kann, muss aber nicht, auch für andere historische oder regionale Entwicklungen Gültigkeit haben. Bei den Menschenrechten gibt es, wie auf anderen Feldern von Entwicklung auch, in der nichtwestlichen Welt eine Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen. Zwar nehmen politische Rechte im funktionalen Sinne eine Schlüsselstellung ein, aus der sich aber noch kein Primat ableiten lässt, wie im nächsten Punkt zu zeigen sein wird.

Zweitens ist eine andere Typisierung der Menschenrechte möglich, die eine andere Prioritätensetzung (Primatbestimmung) impliziert. Diese ergibt sich aus zwei Grundprämissen: Elementare Voraussetzung gesellschaftlichen und damit auch politischen Handelns ist die Sicherung der Existenz des Menschen. In diesem Sinne hat das Menschenrecht auf Leben Priorität. Letztes Ziel aller Menschenrechte ist die Herstellung und Wahrung der Würde des Menschen, das unter diesem Aspekt das Primat besitzt.⁵ In Anlehnung an die zentrale Bedeutung von Ressourcengerechtigkeit für die gesamte Menschenrechtsproblematik, wie sie vom Wuppertal Institut begründet wird⁶, lassen sich drei unverzichtbare Aspekte von Würde bestimmen: die individuelle physische Existenz, die Identität, was Selbstachtung und Anerkennung durch andere einschließt, und die Entfaltung von Individuum und Gesellschaft. Damit geht also das Primat der Existenzsicherung im Primat der dignitiven Norm- und Zielsetzung auf. Mit der rapiden Zunahme existenzieller Gefährdungen und Unsicherheiten von globaler Dimension (Weltrisikogesellschaft) erlangt auch der untrennbare Zusammenhang von Existenz(sicherung) und Würde eine zusätzliche Aufwertung, die auch und gerade für die Menschenrechte gilt. Die Zentralität von Würde verlangt zugleich nach einer grundsätzlichen Infragestellung des Neoliberalismus, der

5 Besonders interessant ist in diesem Zusammenhang, dass sowohl das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland als auch die aufständischen Zapatisten in Chiapas (Mexiko), die sich hauptsächlich aus Indígenas zusammensetzen, der Wahrung bzw. Durchsetzung der Würde des Menschen oberste Priorität einräumen. Zur Position der Zapatisten vgl. Luz Kerkeeling: *La lucha sigue!* Der Kampf geht weiter, Unrast-Verlag, Münster 2006, S. 276 f.

6 Vgl. Wuppertal Institut (Hrsg.): *Fair Future. Begrenzte Ressourcen und globale Gerechtigkeit*, Bonn 2006, S. 133.

7 So auch die Einschätzung von M. Brie, vgl. Derselbe: a. a. O., S. 1.

8 Den Begriff »Existenzrechte« verwendet das Wuppertal Institut in seiner Studie, vgl. Wuppertal Institut, a.a.O., S. 136 ff.

9 Zugleich wird Freiheit meist, so auch in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen 1948 in Artikel 1 (»Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren.«) und Artikel 3 (»Jeder hat das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person.«), als Bestandteil einer Gesamtheit gleichwertiger Menschenrechte (Gleichheit, Leben, Sicherheit) verstanden. Selbst in der Amerikanischen Unabhängigkeitserklärung vom 4. Juli 1776, in der erstmals allgemeine Menschenrechte postuliert wurden, wird zunächst als Grundbedingung die Rechtsgleichheit aller Menschen vor Gott deklariert. Unter den dort genannten fundamentalen Menschenrechten ist Freiheit ebenfalls mit Leben und dem Streben nach Wohlstand gleichgestellt. Gerade die USA sind zugleich ein Beispiel, wie weit Anspruch und Realität von Menschenrechten auseinanderklaffen können, denkt man nur an das Schicksal der indianischen Urbevölkerung und der Afroamerikaner, die zum Zeitpunkt der Unabhängigkeitserklärung als minderwertig angesehen, von Ausrottung durch die weißen Siedler bedroht waren (Indianer) oder als Sklaven gehalten wurden (Afroamerikaner). Zu den angeführten Dokumenten vgl. Office of High Commissioner of Human Rights (1948), Reso-

imperial und autoritär ist⁷, im speziellen und des Kapitalismus im allgemeinen.

Zwischen existenziellen Menschenrechten (Existenzrechten⁸), die das Recht auf Leben sicherstellen, und dignitiver Zielsetzung, die die normative Messlatte aller Menschenrechte darstellt, liegen die funktionalen und die ausgestaltenden Menschenrechte. Sie haben gegenüber Lebenssicherung und Würde, denen aus jeweils unterschiedlicher Sicht das Primat zukommt, dienende Funktion. In dieser Typisierung wären die politischen Rechte als funktionale Menschenrechte und Reisefreiheit als ausgestaltende Rechte anzusehen.

Drittens erfordert Freiheit als Kernforderung politischer Menschenrechte⁹ selbst Voraussetzungen, die zwar in Europa vorhanden waren bzw. sind, aber im Rest der Welt weitgehend fehlen. Freiheit existiert nicht im luftleeren Raum, sondern ist im spannungsreichen Dreieck von Macht, Ressourcenzugang und Wissen verortet. Zugleich bilden die Freiheit der anderen und die sich aus Freiheitsrechten ergebenden Pflichten Grenzlinien der eigenen Freiheit. Diese darf nicht zum Schaden anderer oder gar schwächerer ausgeübt werden. Legt man diese Kriterien zugrunde, dann ist gerade die Bevölkerungsmehrheit im Süden durch ein mehrfaches Machtgefälle zugunsten des Nordens und der einheimischen Elite, die Vertiefung der sozialen Spaltung und den fehlenden Zugang zu Wissen und Bildung von grundlegenden Freiheitsrechten abgeschnitten. Ein armer, analphabetischer, marginalisierter, unorganisierter oder/und nicht über die notwendigen amtlichen Papiere verfügender Mensch, der aufgrund seines Migrantenstatus vielleicht noch völlig rechtlos ist, kann seine Freiheitsrechte nicht oder nur sehr begrenzt wahrnehmen. Deshalb sind der freie Zugang zu ausreichender Bildung, die Überwindung von Armut, die volle Anerkennung als Staatsbürger und das Vorhandensein ausreichender Infrastruktur elementare Voraussetzungen für die Ausübung politischer Rechte, womit das dann immer noch vorhandene Machtgefälle keineswegs ausgeglichen ist. In dieser Situation, die im Süden für die Mehrheit der Bevölkerung Normalfall ist, kehrt sich die Primatsetzung sogar um: soziale Rechte (Grundsicherung, Bildung) haben das Primat gegenüber politischen Rechten. Damit soll die Bedeutung von Freiheit und anderen politischen Rechten keineswegs geschmälert werden. Sie sind unabdingbarer Bestandteil von Gerechtigkeit und Würde und haben bei ausreichenden Voraussetzungen eine unverzichtbare funktionale Bedeutung für die Durchsetzung und Ausweitung anderer Menschenrechte. Diese Bedeutung reicht jedoch nicht hin, um ihnen das Primat innerhalb der Menschenrechte zuzusprechen.

Was bedeutet dies nun für linke Politik? Für erstrangig und zentral halte ich die Bekräftigung des über das linke Spektrum hinausgehenden Standpunktes, dass die Herstellung und Wahrung der Würde aller Menschen oberstes Ziel von Menschenrechtspolitik ist und dass die sich daraus ableitenden Menschenrechte ihrem grundsätzlichen Anspruch nach universell und unteilbar sind. Ausgehend davon besteht die Aufgabe linker Politik darin, die grundsätzlichen und konkreten Hindernisse für die Erreichung dieses Ziels zu benennen sowie Strategien vorzuschlagen, wie diese Hindernisse zu beseitigen oder zu überwinden sind. Spezifisch linkes Anliegen sollten dabei folgende Punkte sein:

Erstens sollte linke Politik den umfassenden, über das derzeit dominierende westliche Verständnis hinausgehenden Charakter der Menschenrechte immer wieder betonen, d. h. zum Kanon der Menschenrechte gehören politische Menschenrechte genauso wie soziale und ökonomische.

Zweitens sollte linke Politik die grundsätzlichen, systemimmanenten Hindernisse konkret benennen, die aus dem Kapitalismus resultieren und die verhindern, dass sich Menschenrechte universell, unteilbar und umfassend durchsetzen lassen. Würde und Selbstbestimmung für alle sind mit kapitalistisch bedingter Ausbeutung, Ausgrenzung und Fremdbestimmung prinzipiell unvereinbar.

Drittens sollte linke Politik im Ringen um die Durchsetzung der Menschenrechte im Kapitalismus eigene Prioritäten setzen, wobei existenzielle Menschenrechte an oberster Stelle stehen sollten. Wenn im linken Selbstverständnis Menschenwürde und Selbstbestimmung Zielpunkt von Menschenrechtspolitik sind, dann impliziert dies natürlich, dass Bürger- und Freiheitsrechte unverzichtbarer Bestandteil dieser Politik sind. Die genannten Rechte sind in Ausübung und Umsetzung jedoch nicht abstrakt (kein Wert an sich), sondern darauf gerichtet, einen optimalen Beitrag zur Realisierung des obersten Ziels (Würde, Selbstbestimmung) und der obersten Priorität (Recht auf Leben) zu leisten.

Viertens sollte linker Menschenrechtspolitik immer die konkrete Analyse von Interessen, Kräfteverhältnissen, sozialer Lage und Gesellschaftsstrukturen zugrunde liegen.

In der politischen Praxis sind diese Prinzipien natürlich nicht eins zu eins umsetzbar, sie sollten aber ungeachtet dessen Richtschnur sein. Wie dies im konkreten Fall der EU-Resolution zu Kuba aussehen könnte, möchte ich deshalb im folgenden zu skizzieren versuchen.

Kuba: Revolution, Menschenrechte, Sozialismus

Jede realistische und sachliche Analyse und Bewertung der Situation auf und um Kuba hat von folgenden Prämissen auszugehen: Erstens ist Kuba ein Land des Südens bzw. der Dritten Welt; zweitens liegt das Land im Schatten der USA, die nicht nur unmittelbarer Nachbar sind, sondern deren imperiale Begehrlichkeiten spätestens seit Ende des 19. Jahrhunderts die größte Gefahr für eine eigenständige Entwicklung Kubas darstellen; drittens handelt es sich bei Kuba um eine (kleine) Insel im Belagerungszustand ohne Hinterland, mit wenigen natürlichen Ressourcen und ohne sicheren Schutz; viertens hat das kubanische Volk unter Führung einer linken Rebellenorganisation eine authentische und siegreiche Revolution (neben der mexikanischen Revolution von 1910 im 20. Jahrhundert die einzige auf dem lateinamerikanischen Subkontinent) durchgeföhrt, in deren Ergebnis erstmals in der kubanischen Geschichte das Selbstbestimmungsrecht des Volkes durchgesetzt und den entscheidenden Entwicklungshindernissen der konsequente Kampf angesagt wurde.¹⁰

Will man zu einer ehrlichen und ausgewogenen Einschätzung der Menschenrechtssituation gelangen, dann ist dies nur auf der Basis der vier oben angeführten Prämissen und über einen Vergleich möglich, der erstens die historischen Erfahrungen Kubas bis 1959 einbezieht und zweitens die konkreten Verhältnisse in Lateinamerika und im Süden berücksichtigt. Um diesen Vergleich abzurunden, kann dann auch der

lution 217 (III) sowie Wikipedia (<http://de.wikipedia.org>).

¹⁰ Vgl. zur kubanischen Revolution, ihrer historischen Einordnung und ihrer Entwicklung bis zur Gegenwart besonders Michael Zeuske: *Insel der Extreme. Kuba im 20. Jahrhundert*, Zürich 2004 sowie Derselbe: *Kleine Geschichte Kubas*. München 2000. M. E. handelt es sich in der Summe beider um die kenntnisreichste Darstellung der kubanischen Geschichte. Vgl. dazu auch meine Rezensionen unter: www.quetzal-leipzig.de

Bezug zu den Ländern des westlichen Kapitalismus hergestellt werden. Legt man im dritten Schritt noch die oben skizzierten Überlegungen zu Voraussetzungen, Grenzen und Prioritäten von Menschenrechten zugrunde, verfügt man über das geeignete Instrumentarium, um in der schwierigen, komplexen und kontrovers diskutierten Frage der Menschenrechte auf Kuba einer adäquaten Antwort nahezukommen.

Auf der Suche nach einer Antwort ist es sinnvoll, in zwei Schritten vorzugehen: Zunächst soll diskutiert werden, wie sich Kuba auf der Weltkarte der Menschenrechte einordnet, um anschließend der Frage nachzugehen, über welche Spielräume die kubanische Menschenrechtspolitik verfügt und durch welche Prioritäten sie charakterisiert wird.

Innerhalb des globalen Südens im allgemeinen und innerhalb Lateinamerikas im speziellen steht Kuba – gemessen an seinen ökonomischen Möglichkeiten und seinen politischen Spielräumen – bei der Durchsetzung sozialer und kultureller Menschenrechte (Recht auf Arbeit, Gesundheit und Bildung) an vorderster Stelle und leistet darüber hinaus durch die Entsendung von Ärzten, die kostenlose Ausbildung von Studenten aus anderen Ländern des Südens und durch unentgeltliche Katastrophenhilfe einen wichtigen Beitrag zu Verbesserung der Menschenrechte in anderen Ländern. Gewalt und krasse Armut, die insbesondere in Lateinamerika die wichtigste Quelle von Menschenrechtsverletzungen darstellen, sind in Kuba weitgehend ausgetrocknet.

Gerade in der Demokratiefrage ist der Bezug zu den übrigen Ländern Lateinamerikas, die einerseits im westlichen Verständnis gemeinhin als demokratisch gelten, andererseits demselben regionalen Umfeld angehören und mit Kuba am ehesten vergleichbar sind, sinnvoll. Auch in diesem für die Menschenrechtssituation wichtigen Punkt schneidet Kuba relativ gut ab. Zum einen zeigt eine nach wissenschaftlichen Kriterien vorgenommene Analyse, dass es sich bei den meisten lateinamerikanischen Republiken bestenfalls um »defekte« Demokratien oder Regimehybride¹¹ handelt, in denen der Rechtsstaat kaum existent ist, autoritäre Enklaven existieren, sich Demokratie größtenteils auf den Wahlakt reduziert und das Wahlrecht wegen mangelnder Ressourcen von einem großen Teil der Bevölkerung nicht wahrgenommen werden kann. Zum anderen räumt Kuba seinen Bürgern in partizipatorischer Hinsicht mehr Rechte ein als jedes andere Land der Region.

Auch in Hinblick auf die kubanische Vergangenheit gibt es unter Kennern der damaligen Verhältnisse weitgehend Konsens darüber, dass die Menschenrechtssituation nach der Revolution eine wesentlich bessere ist als unter der Batistadiktatur. Zwar gab es vor 1959 auch temporäre Demokratisierungsversuche, die aber alle an der neokolonialen Realität gescheitert sind, wofür die USA den Hauptteil der Schuld tragen.

Im Vergleich mit dem kapitalistischen Westen sind folgernde Punkte zu berücksichtigen: Erstens verfügt der Westen über weitaus bessere materielle und institutionelle Möglichkeiten als Kuba. Demokratie und Menschenrechte haben dort eine lange historische Tradition und den Protagonisten der Durchsetzung dieser zivilisatorischen Errungenschaften – Bourgeoisie und Arbeiterbewegung – ist es nach oft schmerzhaften Erfahrungen und Rückschlägen gelungen, sich in harten Auseinandersetzungen auf Demokratie, Menschenrechte und Teilhabe am Wohlstand als gemeinsamen Nenner zu einigen.

11 Zur Konzeption der »defekten« Demokratie vgl. Wolfgang Merkel et al.: Defekte Demokratie, Band 1: Theorie, Opladen 2003; zur Konzeption hybrider Regimes vgl. Heidrun Zinecker: Regime-Hybridität in Entwicklungsländern, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, 11 (2004) 2, S. 239-272. Zur Demokratietheorie als universelles Problem im allgemeinen und zur Typologisierung der politischen Regimes in Lateinamerika im speziellen vgl. Peter Gärtner: Demokratie – Ausnahme oder Regel? Zentralamerikanische Antworten auf ein universelles Problem, Teil 1-3, in: Berichte der IWVWW, April-Juni 2005, bes. S. 75-82 im Juni-Heft.

Zweitens setzt Kuba aufgrund seiner historischen Erfahrungen und materiell-institutionellen Möglichkeiten die Prioritäten bei der Umsetzung von Menschenrechten anders. Die kubanische Revolution nimmt für sich das Recht in Anspruch, einen alternativen Typus von Demokratie – die partizipative Demokratie – institutionalisieren zu wollen.

Drittens werden infolge der neoliberalen Globalisierung in den westlichen Ländern Demokratie und Sozialstaat zunehmend ausgehöhlt, ausgehebelt und unterlaufen, so dass auch dort Demokratiedefizite, soziale Schieflagen und erste Desintegrationserscheinungen zu verzeichnen sind.

Im direkten Vergleich zwischen Kuba und dem Westen kann durchaus von einer gleichrangigen Umsetzung der Menschenrechte ausgegangen werden. In beiden Fällen sind die existenziellen Menschenrechte im wesentlichen gesichert, bei den funktionalen Menschenrechten legt der Westen den Schwerpunkt auf die individuellen Freiheitsrechte, die jedoch im Zuge der Terrorismusbekämpfung zunehmend eingeschränkt werden, während Kuba den sozialen Menschenrechten Priorität einräumt und dort vorbildliches geleistet hat.¹² Die Defizite bei den ausgestaltenden Menschenrechten sind wohl bei Kuba größer, was jedoch bei Einbeziehung der Menschenrechte von Langzeitarbeitslosen, Migranten und »Untergetauchten« im Westen stark zugunsten Kubas relativiert wird. Summa summarum nimmt Kuba auf der Weltkarte der Menschenrechte einen vorderen Platz ein, der nur dadurch geschmälert wird, dass bei der Durchsetzung der politischen Freiheitsrechte deutliche Einschränkungen bestehen. Diese werden gerade von Angehörigen der Generation, die einerseits die Batistadiktatur und die Revolution nicht mehr aus eigenem Erleben kennt, andererseits aber die sozialen Menschenrechte in Kuba als »normal« ansieht, zunehmend thematisiert. Welche Dilemmata für alle Akteure, besonders aber für die kubanische Führung, in der Menschenrechtsfrage bestehen, soll im folgenden umrissen werden.

Für die Kubaner selbst ist von zentraler Bedeutung, dass ihre Revolution ein Akt der Selbstbestimmung war und ist, der ihre Würde als Nation und als ehemals Subalterne hergestellt hat. Die kubanische Revolution stellt die größte Errungenschaft in der Geschichte des kubanischen Volkes dar und verleiht dem politischen System Kubas seine Legitimität.

Diese Legitimität ist zunächst revolutionärer Natur und unterscheidet sich damit sowohl von der demokratischen Legitimation westlicher Staaten als auch von der Legitimität der realsozialistischen Länder Osteuropas, die sich maßgeblich aus dem sowjetischen Sieg über Hitlerdeutschland ergab, zugleich aber durch die von Moskau ausgehende Fremdbestimmung untergraben wurde. Als antidiktatorische und anti-imperialistische Volksrevolution waren der Sieg von 1959 und die nachfolgenden Transformationsprozesse eine spezifische Form der Ausübung von Volkssouveränität und können in dieser Hinsicht als eine originäre Form demokratischen Handelns des kubanischen Volkes betrachtet werden. Die daraus resultierende Hegemonie der Revolutionsführung um Fidel Castro hat selbst den immensen Belastungen der Existenzkrise standgehalten, die die kubanische Revolution 30 Jahre nach dem Sieg von 1959 durchlitt und die ihre hauptsächliche Ursache im plötzlichen Zusammenbruch des Realsozialismus in Osteuropa

12 An dieser Stelle sei nochmals auf das Argument von M. Brie eingegangen, dass soziale Menschenrechte beim Fehlen politischer Rechte lediglich Gratifikationen der Herrschenden seien. Sollte dies auch auf Kuba gemünzt sein, was vom Kontext her nahe liegt, so sei folgender grundsätzlicher Einwand angeführt: Die sozialen Menschenrechte sind dem kubanischen Volk nicht von oben geschenkt worden, sondern sie sind von ihm selbst in einem opferreichen Kampf erstritten worden. Ohne die Revolution, die wie gesagt ein originärer Akt der Selbstbestimmung des Volkes war, gäbe es sie auf diesem hohen Niveau überhaupt nicht. Zudem kann im Falle des revolutionären Kubas auch nicht vom völligen Fehlen politischer Freiheit die Rede sein. Immerhin hat sich das kubanische Volk von zahlreichen Fesseln befreit: von der Batistadiktatur, von der neokolonialen Dominanz der USA, von der Mafia, von einer korrupten und arroganten Oberschicht etc. Es hat sich damit bestimmte Freiheiten (nicht alle) erkämpft. Außerdem kann man von einem kleinen Land im Belagerungszustand, das sich in einem Jahrzehnte dauernden Krieg mit der einzigen globalen Supermacht befindet (so auch M. Brie, a. a. O., S. 7), kaum ernsthaft erwarten, dass es ein Hort politischer Freiheit ist. Sollten die USA ihren Krieg gegen Kuba einstellen, dann steht auch die Freiheitsfrage in Kuba neu, weil erst dann das kubanische Volk frei entscheiden kann und wird. Von einer »dauerhafte(n) strukturelle(n) Außerkraftsetzung aller wesentlichen politischen Freiheitsrechte« (Michael

Brie, a. a. O., S. 8) würde ich aus all diesen Gründen nicht sprechen. Wohl gibt es nach wie vor ein Machtungleichgewicht innerhalb Kubas, aber das gilt für alle Gesellschaften, solange es den Unterschied zwischen Regierten und Regierenden oder arm und reich gibt. Die Breiten- und Tiefenwirkung der kubanischen Volksrevolution ist zugleich der gravierende Unterschied gegenüber den ehemals »sozialistischen« Ländern Osteuropas einschließlich der DDR, weshalb ich auch der Auffassung von M. Brie, dass es »keinen grundsätzlichen Unterschied« (a. a. O., S. 7) gebe, nicht zustimmen kann.

hatte. Obwohl Kuba mit einem Schlag seiner bisherigen Schutzmacht, die sowohl den Hauptanteil des überlebenswichtigen Erdöls lieferte als auch wichtigster Abnehmer des Hauptexportproduktes Zuckerrohr war, verlustig ging, verlor das Revolutionsregime nicht die Unterstützung der Bevölkerungsmehrheit, konnte entgegen allen Zusammenbruchsprognosen überleben und sich ab Mitte der 1990er Jahre wieder stabilisieren.

Ausgehend von dieser Bewertung der kubanischen Revolution können sowohl der sozialistische Charakter der Revolution, die Spielräume der kubanischen Menschenrechtspolitik als auch die Bedeutung Kubas für linke Politik angemessen diskutiert werden.

M. Brie spricht in seinem vorn erwähnten Beitrag Kuba (der Revolution oder dem Regime?) den sozialistischen Charakter wegen des Mangels an Demokratie ab. Dieses Verdikt ist m. E. aus drei Gründen nicht gerechtfertigt: erstens lässt sich das Revolutionsregime aufgrund der oben angeführten Argumente nicht einfach als »antidemokratisch« abqualifizieren; zweitens gehören Sozialismus und Demokratie letztlich zusammen, der Weg dorthin kann aber gerade unter den Bedingungen, unter denen sich die kubanische Revolution zu bewähren hat, lang und widersprüchlich sein (Sozialismus wird ja auch im Programm der Linkspartei in der Dreieinigkeit von Idee, Bewegung und Ziel definiert); drittens ist Demokratie nicht das einzige oder allein entscheidende Kriterium für Sozialismus (Brechung der Profitdominanz und darauf zielende Veränderungen der Gesellschaftsstruktur sind gleichrangige Kriterien).

Für die Bewertung des sozialistischen Charakters der kubanischen Revolution gibt es neben den zuvor genannten Pro-Argumenten auch einschränkende Faktoren, die zugleich den Spielraum der kubanischen Menschenrechtspolitik mitbestimmen.

Erstens stellt der berechnete Anspruch Kubas, eine alternative Gesellschaft, den Sozialismus, allein auf sich gestellt aufbauen zu wollen, einen Widerspruch in sich dar. *Zweitens* ist Kuba gezwungen, dies in einem extrem feindlichen Umfeld, mit geringen Ressourcen und einem hohen Maß an Verwundbarkeit zu versuchen. Im einzelnen wirkt sich das Zusammenwirken von US-Blockade, permanenter Invasionsgefahr, ökonomischer Verwundbarkeit (Zuckerrohr als anfällige Monokultur, Ölabhängigkeit, Insellage), Instrumentalisierung der Menschenrechtsfrage durch die westlichen Industrieländer, Dritte-Welt-Status und Nähe zu den USA äußerst ungünstig sowohl auf die Realisierung der Menschenrechte als auch auf die Umsetzung des sozialistischen Anspruchs aus. Ein *dritter* Faktor, der in erster Linie bei der Menschenrechtspolitik negativ zu Buche schlägt, aber auch die Realisierbarkeit des sozialistischen Anspruchs beeinflusst, ist der Umstand, dass die Regierung beim Umgang mit der Opposition vor einem schwerwiegenden Dilemma steht, was aber zugleich auch umgekehrt gilt. Das Dilemma beider Seiten liegt darin begründet, dass sich das Land de facto im Ausnahme- und Belagerungszustand befindet und sich jeder Oppositionsversuch der Gefahr einer Instrumentalisierung durch die USA ausgesetzt sieht. Die Opposition hat in dieser Situation schwerwiegende Legitimierungsprobleme und muss sich glaubwürdig von den USA und dem Exil in Miami abgrenzen, was ihr aber angesichts der objektiv sehr großen Instrumentalisierungsgefahr nur selten gelingt. Umgekehrt liegt

für die Regierung genau in der jederzeit drohenden Instrumentalisierung ein unkalkulierbares Risiko, dem sie zumeist durch präventive Verbotsmaßnahmen und Festnahmen zu begegnen sucht. Massives Misstrauen auf beiden Seiten, Schwankungen in der Haltung der Regierung gegenüber der Opposition und ernsthafte Glaubwürdigkeitsprobleme seitens der Opposition sind die unvermeidliche Folge. Verschärft wird die Situation noch durch die intransigente Haltung des Exils in Miami, das unverhohlen mit Revanche und Restauration droht, und durch die Verschärfung der Anti-Kuba-Politik der USA, die schon unter Clinton begonnen hatte und von Bush II weiter forciert wurde. Nicht zuletzt der Verlauf der Rekapitalisierung in Osteuropa bestätigt die schlimmsten Befürchtungen der kubanischen Führung.

Alle beteiligten Akteure – die kubanische Regierung, das kubanische Volk, die kubanische Opposition, die Linken außerhalb Kubas, aber auch die äußeren Feinde der kubanischen Revolution – stehen vor jeweils anderen Dilemmata, die sie nur durch eine Kosten-Risiko-Nutzen-Abwägung zur Bestimmung des kleineren Übels für sich auflösen können. Dabei steht jeder dieser Akteure in Bezug auf die anderen und für sich vor der Aufgabe, die Prioritäten richtig zu setzen.

Die Bedeutung Kubas für linke Politik kann man wie folgt umreißen: *Erstens* stellt Kuba aus historischer Sicht einen Restposten des sozialistischen Lagers dar, der trotz extrem ungünstiger Bedingungen überlebt und an seiner antikapitalistischen Orientierung festgehalten hat. Kuba belegt, dass die Implosion des Sozialismus nicht zwangsläufig war. *Zweitens* besteht die aktuelle Bedeutung Kubas darin, dass es schon allein durch seine Existenz den Spielraum für alternative Entwicklung in Lateinamerika erweitert.

Drittens besteht seine in die Zukunft reichende Bedeutung darin, dass es zwar nicht mehr Modell ist, aber dennoch ein wichtiger Aktivposten im Kampf gegen die neoliberale Globalisierung ist. Kuba ist der lebendige Beweis, dass Alternativen selbst im peripheren »Hinterhof« trotz neoliberaler Hegemonie und imperialer Politik seitens der einzigen Weltmacht USA möglich sind. Auf der Suche nach antikapitalistischen Alternativen hat Kuba in freier Entscheidung und unter schwierigen Bedingungen einen originären Weg beschritten, auf dem sich ein embryonaler Sozialismus ausgeformt hat, dessen wichtigste Errungenschaft die Sicherung sozialer Menschenrechte ist und der sich machtpolitisch in einer sich von westlichen Vorgaben abgrenzenden partizipativen Demokratie manifestiert. Die Anerkennung der bisherigen Ergebnisse des spezifisch kubanischen Weges zum Sozialismus impliziert zugleich zwei Einschränkungen: Der weitere Weg ist noch lang und das bisher Erreichte noch keineswegs gesichert. Es bleibt zu hoffen, dass die kubanische Revolution wie bisher aus ihren negativen wie positiven Erfahrungen lernen wird und fest genug verwurzelt ist, künftige Gefährdungen zu überstehen. Als äußerer Faktor sind dabei die Beziehungen zu den übrigen Ländern Lateinamerikas entscheidend. Die jüngste Linksentwicklung auf dem Halbkontinent, die Kuba aus der Isolierung der 1990er Jahre herausgeholt hat, gibt Anlass zur Hoffnung.¹³

13 Vgl. dazu besonders die kürzlich publizierten Artikel von Albert Sterr in: *iz3w*, Nr. 292, April-Mai 2002 sowie in: *ak – analyse & kritik*, Nr. 506, 19. 5. 2006. Dort ist auch weiterführende Literatur angegeben.